

Deutsche Rundschau

in Polen

Bezugspreis: Polen und Danzig: In den Ausgabestellen und bei Postbezugs monatlich 3,89 zł, vierteljährlich 11,66 zł. Unter Streifenband monatlich 7,50 zł. Deutschland 2,50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung etc.) hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 3594 und 3595.

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Anzeigenpreis: Polen und Danzig die einseitige Millimeterzeile 15 gr. die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr. Deutschland 10 bzw. 70 Pf. Abiges Ausland 50%, Aufschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwierigerem Satz 50% Aufschlag. — Abkündigung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postfachkonten: Polen 202 157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 58

Bromberg, Freitag, den 12. März 1937.

61. Jahrg.

Die unbewegte Eismauer zwischen Bromberg und Culm.

Starker Schneefall im Hochwassergebiet der Weichsel.

Auf dem Weichselabschnitt zwischen Kokocho und Brahemünde ist am Mittwoch keine wesentliche Veränderung eingetreten. Die Eisbarriere steht nach wie vor fest. Die Weichsel nimmt immer noch den Weg über die am rechten oder linken Ufer gelegenen Ortschaften, verwüftet Felder und Gehöfte. Die ungeheuren Schneemengen, die am Mittwoch nachmittag und in der Nacht zum Donnerstag in der ganzen Weichselniederung niedergegangen sind, haben eine kilometerlange Eismasse mit einer fast 40 Zentimeter hohen Schneedecke zugebaut. Diese Schneedecke dürfte beim Tanen den Wasserstand und damit die Gefahr noch erhöhen.

Am Mittwoch sind bei Kokocho, also an der Spitze dieser ganzen Barriere, die Arbeiten an der Sprengung dieser Eismauer viel intensiver als in den beiden Tagen vorher fortgesetzt worden. Die Danziger Eisbrecher, die sich am Dienstag wegen der gemeldeten Hochwasserwelle und dem damit verbundenen verstärkten Eisstreben in Sicherheit bringen mußten, sind an der Arbeitsstelle wieder erschienen. Fünf Eisbrecher sind ununterbrochen gegen die Eismauer angeordnet. Die kleinen Sprengungen, die am Montag und Dienstag von den Pionieren vorgenommen wurden, sind am Mittwoch viel systematischer als bis dahin fortgesetzt worden. Man hat erkannt, daß die einzige Möglichkeit das serienweise Senken von Minen diese Eismauer ins Wanken bringen kann. Demzufolge sind diese Sprengungsmethoden am Mittwoch angewandt worden, die erfreulicherweise einen Erfolg zeigten. Am Mittwoch ist die Eismauer dank der Zusammenarbeit zwischen Eisbrecher und Pionieren bei Kokocho um etwa 1 1/2 Kilometer kleiner geworden. Man hätte mit einer derartigen intensiven Arbeit mindestens sechs bis sieben Tage eher beginnen müssen, dann wäre die ungeheure Katastrophe in der Weichselniederung, die einen vielfachen Millionen Schaden angerichtet hat, vermieden worden.

Das zunächst vorbereitete Gerüst, daß auf dem Abschnitt von Kokocho bis Scharnale Bombenflugzeuge eingesetzt werden, bewahrheitet sich nicht. In manchen Kreisen verspricht man sich einen viel schnelleren Erfolg der Voderung dieser Eisbarriere für den Fall, daß man die Kosten nicht scheuen würde und auf einem mehrere kilometerlangen Abschnitt der Weichsel Bombenflugzeuge einsetzen würde.

Dadurch, daß die Eisbrecher bei Kokocho etwa 1 1/2 Kilometer Eisbarriere gesprengt haben, ist in den Dörfern Topolino und Chrysfelde das Wasser erheblich gefallen. In diesem Abschnitt beginnt die Weichsel wieder in ihr altes Bett zu fließen.

Die Lage in Jordon und Brahemünde.

In Jordon und Brahemünde hat sich die Lage kaum verändert. Das Wasser fließt in ungeheuren Mengen nach wie vor durch die Ortschaften am rechten Weichselufer, d. h. durch Klein-Kempe, Ostromekko usw. Die Eismauer ist unbeweglich.

Am Mittwoch nachmittag machte diese Eismasse einen erschütternden Eindruck auf alle von auswärts herbeiströmenden Zuschauer, die ein solches gigantisches Naturwunder noch niemals erlebt haben. Die starr daliegenden ungeheuren Eisfelder der Toten Weichsel vermitteln einen Eindruck, den man niemals vergessen wird. In der Nacht zum Donnerstag hat sich diese Eismasse bei Brahemünde etwa um 1/2 Meter gesenkt. Sie ist durch den eigenen schweren Druck tiefer in das Flußbett hineingesunken, ohne sich sonst aber im geringsten zu verändern.

In Jordon und Brahemünde und den umliegenden Dörfern ist man insofern sehr beunruhigt, als nach Aussagen von Sachverständigen der Ausbruch der Weichsel durch Sprengungen und durch Eisbrecher wohl bis zur Eisenbahnbrücke von Jordon gelingen kann, daß dann aber ein großes und schwieriges Problem ansteht, weil die Eisbrecher, die bisher den größten Erfolg im Zerbrechen dieser Eismauer hatten, nicht unter der Brücke hindurchkommen können. Hinzu kommt, daß Brahemünde und Jordon insofern noch gefährdet sind, als hier die Weichsel einen Bogen macht und der Druck der nachtreibenden Eismassen hier am größten sein dürfte.

Die Lage in Langenau und Otterau.

Die beiden großen Dörfer der Schülker Niederung Langenau und Otterau bilden nach wie vor einen riesigen See mit treibenden Eisschollen. Das Wasser hat ungeheuren Schaden angerichtet. Die Einzelheiten dieser Verwüstungen lassen sich jetzt noch nicht übersehen, weil es unmöglich ist, an den Ort dieser Katastrophe heranzukommen.

Die Garnisonen Bromberg und Thorn sind teilweise zur Hilfeleistung abkommandiert worden. Abteilungen der Bromberger Garnison befinden sich in Langenau und Otterau. Sie haben einen ununterbrochenen Wachtdienst auf Pontons und helfen beim Beigen von Futter und Lebensmitteln. Der gesamte Wildbestand dieser Gegend dürfte vernichtet sein. Man beobachtet auf den Bäumen der Chaufee und auf den Dächern Maulwürfe und Ratten, die sich vor dem Hochwasser gerettet haben.

Am Trommelwehr in Brahemünde betrug am Mittwoch abends um 8 Uhr der Wasserstand im oberen Teil 9,94 Meter,

im unteren 8,88 Meter, am Donnerstag früh um 6 Uhr notierte man im oberen Teil einen Wasserstand von 9,28 Metern, im unteren Teil von 8,70 Metern.

Aus Krakau und Rielce ist erneut eine Hochwasserwelle gemeldet worden, deren Umfang bis jetzt noch nicht feststeht.

Der Wojewode von Polen

besichtigt die Angludsorte

Der Wojewode von Polen, Oberst Maruszewski, traf am Mittwoch in Bromberg ein und besichtigte in Begleitung des Bromberger Starosten Sufki und des Vize-starosten Kobakowski die bedrohten Gegenden an der Weichsel und an der Brähe, um sich vom Umfang der Katastrophe persönlich zu überzeugen. Der Wojewode besichtigte zunächst die von dem Hochwasser an der Brähe bedrohte Gasanstalt der Stadt Bromberg und fuhr dann in die Gegend von Otterau und Langenau, und schließlich auch nach Jordon.

Wie wir erfahren, soll eine besondere Wojewodschafsis-Hilfskommission gebildet werden, um den vom Hochwasser in der Weichselniederung betroffenen Menschen zu Hilfe zu eilen. Die Aufgabe dieser Kommission ist bis jetzt noch nicht umrissen worden.

Das Hochwasser in Bromberg.

Das Hochwasser der Brähe hat sich im Laufe des Mittwoch im wesentlichen nicht verändert. Es ist am Mittwoch nachmittag vorübergehend etwa 20 Zentimeter gefallen. In den späten Nachmittagsstunden und im Laufe der ganzen Nacht zum Donnerstag ging über Bromberg jedoch ein Schneefall von so großem Ausmaß nieder, wie wir ihn den ganzen Winter lang nicht erlebt haben. Der ganze Bereich der Stadt ist mit einer Schneedecke von 30 bis 35 Zentimetern Höhe bedeckt worden. Diese Schneedecke begann im Laufe des Vormittags zu schmelzen. Die Abflutkanäle sind überfüllt. Das Wasser kann durch den Hochwasserstand der Brähe nicht in genügendem Maße abfließen.

Senator Hasbach über Kirchen- und Schulprobleme.

Zum Haushalt des Kultusministeriums, der auf der Tagesordnung der Mittwoch-Sitzung des Senats stand, hat Senator Hasbach folgende Rede gehalten:

Hohes Haus!

Bereits am 14. Dezember 1936 hatte ich von dieser Tribüne das Wort zu dem neuen

Gesetz über die Evangelisch-Augsburgische Kirche ergriffen und dem Herrn Marschall eine Interpellation an den Herrn Ministerpräsidenten überreicht. Alle unsere Einwendungen sind unberücksichtigt geblieben, das Gesetz ist in Kraft getreten, und die Wahlen der Seniorsatsdelegierten sind im Gange. Es ist die selbstverständliche Pflicht der Presse, die Wahlberechtigten über ihre Rechte und Pflichten, die dem Gesetz entspringen, zu orientieren. Eine ganze Reihe von Nummern der „Freien Presse“, die sich mit den Kirchenfragen befassen wurden beschlagnahmt, so auch Nr. 23, in der der Vorsitzende des Deutschen Volksverbandes in Polen den Nachweis führt, daß es das Recht und die Pflicht dieses Verbandes ist, sich mit allen Kulturfragen, also auch Fragen der Kirche zu befassen. Am 20. Februar hatte der Deutsche Volksverband eine geschlossene Tagung seiner Mitglieder abgehalten, am Abend desselben Tages war zu einer öffentlichen Tagung geladen, auf der zwei Referate vorgelesen waren, wovon ich das eine übernommen hatte. Mein Referat hatte ausfallen müssen, weil ich in dessen erkrankt war. Aus zunächst unbegreiflichen Gründen wurde nun diese öffentliche Versammlung von der Stadt starkes verboten, und mit polizeilicher Auflösung gedroht.

Nachträglich haben wir in Erfahrung gebracht, daß das Verbot der Versammlung höchstwahrscheinlich auf Intervention der Kirchenbehörden erfolgt sein soll, weil man verhindern wollte, daß die Leitung des Verbandes den Mitgliedern der Versammlung Informationen über die bevorstehenden Wahlen zur Seniorsatsversammlung der evangelisch-augsburgischen Kirche geben könnte. Es erscheint ganz unverständlich, warum der Deutsche Volksverband daran gehindert wird, die ihm durch § 1 seiner Satzung obliegende Pflicht des Schutzes der kulturellen wirtschaftlichen und politischen Interessen der Gesamtheit sowie der einzelnen Mitglieder des Verbandes wahrzunehmen.

Gegen diese Maßnahmen und die immerwährende Konfiskation der deutschen Presse, sobald sie auf die Kirchenfrage zu sprechen kommt, lege ich energischen Protest ein. Wenn das Gesetz, das wir bekämpft und abgelehnt haben, nun einmal Gesetz geworden ist, so muß uns wenigstens die Möglichkeit gegeben sein, unser Volk über das Gesetz auf-

zuklären und ihm Richtlinien für die Wahlen zu geben. Oder fürchtet die Kirchenbehörde für den Ausgang der Wahlen?

Man spricht in letzter Zeit viel von Toleranz.

Wir Deutschen wollen nicht tolerierte Staatsbürger sein, sondern gleichberechtigte Bürger des Staates, wie es uns die Verfassung garantiert.

In Verbindung mit der Aufnahme deutscher Kinder in deutsche Minderheitsschulen ist das

Problem der Volkszugehörigkeit

erneut aktuell geworden. Ich stelle fest, daß die Frage, welche Volkszugehörigkeit ein Bürger hat, das ausschließliche Recht des Bürgers selbst ist. Bei Minderjährigen sind es selbstverständlich die Eltern, die diese Entscheidung zu treffen haben. Es wird behauptet, es seien Fälle vorgekommen, wo übereifrige Funktionäre deutscher Organisationen versucht haben, Personen, deren deutsche Nationalität nicht feststand, zu überreden, sich zum Deutschtum zu bekennen und ihre Kinder in die deutsche Schule zu schicken.

In meinem eigenen Namen und im Namen des Rates der Deutschen in Polen gebe ich die Erklärung ab, daß wir einen solchen Seelenfang ablehnen. Uns ist an ein paar Renten nicht gelegen, die sich durch irgendwelche Verprechungen zu einem Bekenntnis bringen lassen, das das heiligste Bekenntnis jedes Menschen ist, und zwar: „In welchem Volkstum bekenntest du dich?“ Wir wollen lieber ein paar hundert Deutsche weniger im Lande sein, aber die zu uns gehören, sollen wahre treue Glieder unseres Volkes sein.

Aber auch mir sind Fälle bekannt, wo von polnischer Seite, selbst von Staatsbeamten, sowohl der Schulbehörden als auch der Verwaltungsbehörden der Versuch gemacht wurde, Seelenfang zu treiben. In dieser Stelle unterbricht der Senatsmarschall den Redner mit den Worten: „Herr Senator, dieser Vorwurf ist so schwerwiegend, daß ich um Beweise für ihre Behauptung bitten muß.“ Senator Hasbach: „Ich wollte von der Tribüne keine Namen nennen, wenn Sie es aber verlangen, muß ich es tun. Der Schulinspektor in Neustadt rief einen im Orte wohnenden Arzt telephonisch an und sagte ihm, er müsse seinen Chauffeur und Gärtner

sofort entlassen, weil diese ihre Kinder in die deutsche Schule schickten.

Ich betrachte diese Fälle als besonders bedauerlich, da es sich um solche Überredungsversuche durch Amtspersonen handelt.

Ich kann hierfür Beispiele nennen. Wenn durch eine Amtsperson für Verleugnung seiner Volkzugehörigkeit einem Bürger Vorteile verschaffen werden, oder gar Nachteile materieller Natur, wie Verlust der Existenzmöglichkeit angedroht werden, dann ist es allerhöchste Zeit, daß die Regierung eingreift und solche Beamte bestraft.

Meine sehr verehrten Kollegen!

In solchen Menschen, die sich durch die eben geschilderten Mittel zum Verrat an ihrem Volkstum bewegen lassen, wird der Staat nie Freude erleben, und ich glaube, Sie lehnen sie ebenso ab, wie wir im umgekehrten Falle.

Auch aus Lodz geht mir die Nachricht zu, daß die zwangsweise Einschulung deutscher Kinder in polnische Schulen andauert. Der muttersprachliche Unterricht wird aus den staatlichen Schulen mit deutscher Unterrichtssprache weiter verdrängt. Als Leiter an deutschen Schulen werden grundsätzlich nur Polen ernannt.

Die deutschen Lehrer werden gezwungen, der vom deutschen Volk abgelehnten Organisation, dem sogenannten Kultur- und Wirtschaftsband anzugehören. Dadurch schafft man zwischen den Lehrern und den Eltern eine Kluft und ein Mißtrauen, das sich auf die Erziehung der Schulkinder sehr nachteilig auswirkt. Dem Ausbau des privaten Schulwesens werden fast unüberwindliche Schwierigkeiten bereitet.

Dem Verein Deutscher Katholiken in Stanislau werden in letzter Zeit in der Ausübung seiner fahungsgemäßen kulturellen Tätigkeit große Hindernisse in den Weg gelegt. Seit dem Jahre 1934 wurde den Wanderlehrern die Einreise in die verschiedensten Bezirke, z. B. Strzyj verweigert. Im Jahre 1936 wurden die Schwierigkeiten immer größer, so daß Gemeinden, die jahrelang ohne Behinderung durch die Behörden betreut wurden, jetzt ganz von jeder kulturellen Betreuung durch den VDK abgeschnitten sind. Im Bezirk Dolina leben in einem rutenischen Dorf 50 deutsche Familien, auch denen wird der Besuch eines deutschen katholischen Wanderlehrers verweigert.

Selbst bei geselligen Veranstaltungen werden neuerdings Schwierigkeiten von Seiten der Behörden gemacht.

Doch das fällt in das Ressort des Innenministers und ich verlasse dieses Thema, um mir keinen Ordnungsruf des Herrn Marschalls zuzuziehen.

Vor einigen Jahren ordneten die Inspektoren an, daß an den Schulen mit deutscher Unterrichtssprache

Geschichte und Erdkunde in polnischer Sprache

erteilt werden sollte. Die dieser Maßnahme folgenden Vorstellungen der deutschen Elternschaft riefen eine Erklärung des Ministers hervor, daß eine solche Verordnung nicht ergangen sei. Und tatsächlich wurden die Vorschriften der Inspektoren als „Mißverständnis“ zurückgerufen. Heute sucht die Schulbehörde ihr Ziel auf andere Weise zu erreichen. Der visitierende Beamte stellt fest, daß die Kenntnisse der polnischen Sprache noch nicht genügen, er gibt den „Rat“, auch in anderen Unterrichtsfächern die polnische Sprache einzuführen. Er prüft auch die Unterrichtsergebnisse in Geschichte und Erdkunde nur in polnischer Sprache, obwohl die Kinder diese Gegenstände in deutscher Sprache haben. Die Feststellung des Unterrichtsergebnisses obliegt dem visitierenden Beamten, der, weil er die Kinder in der nicht gewohnten Sprache fragt, ein falsches Bild erhält. Wird das Unterrichtsergebnis drei Mal als ungenügend bezeichnet, so kann die Schule geschlossen werden.

Der Herr Minister hat in seinen jüngsten Erlassen die Bedingungen bekanntgegeben, in denen für Gymnasien und Volksschulen die

Verleihung der Deffentlichkeitsrechte

festgelegt sind. Unsere Privatschulen mit deutscher Unterrichtssprache müssen die staatlichen erfüllen. Eine Fehlbeurteilung ihrer Leistungen, wie sie durch die Anwendung des Polnischen als Prüfungssprache auch in der Volksschule allzu leicht eintritt, bringt die Schule um den Genuß des Öffentlichkeitsrechts und legt den Eltern die Lasten der vollen Eisenbahnfahrkarten auf, ganz abgesehen von den Berechtigungen für das bürgerliche Leben. Der Visitierende muß der Unterrichtssprache mächtig sein, oder wenigstens müssen die Kinder in der Unterrichtssprache antworten dürfen, damit nicht schon von den Kleinen gefordert wird, daß sie ihr Wissen auch noch in einer ihnen noch nicht geläufigen Sprache vortragen müssen. Für die staatlichen Schulen ist bestimmt, daß der Schulweg der Kinder nicht mehr als 3/4 Kilometer betragen soll. Diese Bestimmung ist ein Schutz für die Eltern. Bei den deutschen Kindern kommen in einem Umkreis von 3/4 Kilometern selten 40 Kinder zusammen, so daß eine staatliche Schulkasse mit deutscher Unterrichtssprache eingerichtet werden muß.

Die Deutschen übernehmen die Last einer Privatschule.

Auf diese deutsche Privatschule kann man natürlich nicht die Vorschriften des staatlichen Schulgesetzes anwenden. Privatschulen sind naturgemäß Sammelschulen, zu der Volksschulkinder auch aus weiterer Entfernung kommen. Die Streulage nötigt die Deutschen eine größere Leistung auf sich zu nehmen. Nun beginnen die Behörden auch den Kindern, die einen Schulweg haben der weitaus 3/4 Kilometer ist, den Besuch von Privatschulen zu untersagen und dann, wenn sie mit Gefährten an die Schule herangebracht werden. Ich glaube, die Schulbehörden müssen nur für den regelmäßigen Unterricht und den regelmäßigen Schulbesuch durch die Kinder Sorge tragen. Die Art, wie die Kinder den Schulweg zurücklegen, kann ruhig den Eltern überlassen werden, die doch mindestens ebenso um die Gesundheit ihrer Kinder besorgt sind, wie die Schulbehörde.

In meiner Rede habe ich nur eine Reihe von Fragen berührt, die mit dem Schulproblem zusammenhängen. Der Rat der Deutschen in Polen hat eine Denkschrift verfaßt, die das gesamte Problem der Minderheitsschule behandelt. Diese Denkschrift werde ich mir erlauben in den nächsten Tagen dem Herrn Schulminister zu überreichen und bitte heute schon um wohlwollende Prüfung.

Eine amüsante Episode ereignete sich während der Schuldebatte: Senator Seib, Schulinspektor in Thorn, griff den Senator Wiesner, der vor ihm gesprochen hatte, und den Senator Hasbach heftig an. Zwischenruf des Senators Hasbach: „Verzeihung, ich habe ja noch gar nicht gesprochen“. Schallendes Gelächter im ganzen Hause. Als Senator Hasbach sich einige Zeit später zur Tribüne begab, rief ihm

Senator Radziwill zu: „Sie haben ja schon gesprochen.“ Am Schluß seiner Rede erklärte Senator Hasbach: „Herr Senator Seib hat mir bereits auf meine soeben gehaltenen Rede geantwortet, was ich als Kuriosum feststelle.“ Im übrigen wird Senator Wiesner bei passender Gelegenheit auf die Rede des Senators Seib antworten.

Kritik an der Agrarpolitik im Senat.

Auf der Tagesordnung der Dienstag-Sitzung des Senats stand der Haushalt des Ministeriums für Landwirtschaft und Agrarreform. Die Aussprache wurde nach dem Referat des Senators Serożński von dem deutschen Senator Hasbach eingeleitet, dessen Rede wir gestern im Wortlaut wiedergaben. Aber auch von polnischer Seite wurde an der Agrarpolitik der Regierung Kritik geübt. So betonte Senator Chrzanowski, daß die Parzellierung ungerecht sei, da sie den größeren und mittleren Besitz zerstöre. Er gab zwar zu, daß das Bauerntum aus Westpolen dem Land große Dienste geleistet habe, er könne es aber nicht verstehen, weshalb der Großgrundbesitz verschwinden solle. Sogar in Deutschland wende man bei der Parzellierung dem Stand der Wirtschaft größte Aufmerksamkeit zu. Der Großgrundbesitz befand sich in den westlichen Wojewodschaften, verdiente oft Anerkennung durch seine Kultur. Senator Bipping stellte fest, daß die typische Erscheinung in der Landwirtschaft heute die zunehmende Arbeitslosigkeit auf dem Lande, die Verarmung und vor allem die Verstickelung des bäuerlichen Besitztandes sei. Die Agrarreform müsse gerecht und mit Massen durchgeführt werden.

Nachdem noch Senator Wiesner auf die große Bedeutung des Problems des Dorfes für die deutsche Volksgruppe hingewiesen hatte, für die, da ihr eine große Anzahl von Berufs- und Existenzmöglichkeiten verschlossen sei, der Beruf des Bauern eine der wenigen beruflichen Möglichkeiten darstelle, hielt es der Referent, Senator Serożński für nötig, mit den Ausführungen des Senators Hasbach zu polemisieren. Die Deutschen, so meinte er, könnten sich für keine Privilegien fordern (diese haben sie auch niemals gefordert! — D. R.), sie könnten nur eine Gleichberechtigung mit den Polen fordern. (Dann müßte man viele Enteignungsmaßnahmen rückgängig machen. D. R.) Ohne zu bedenken, wie wenig diese „Fälle“ heute noch ein günstiges polnisches Vergleichsobjekt geben, erinnerte der Redner an den Schulstreik von Breschen, an die Enteignung, an Drzymala und stellte zum Schluß die Behauptung auf, daß die Polen jenseits der Grenze nicht die gleiche Freiheit genießen, wie die Deutschen in den Grenzen Polens. (Beifall und Zurufe: Sehr richtig.)

Zum Schluß sprach noch

Landwirtschaftsminister Poniatowski

der in einer längeren Rede seine Politik gegen die Vorwürfe der Redner verteidigte. Er meinte, mit der Kritik wäre ihm nur dann gedient, wenn ihm ein solcher Weg für die Entwicklung der Volkswirtschaft Polens gewiesen würde, auf dem die Anwendung der Agrarbestimmungen überflüssig wäre. Wenn gefordert werde, daß die neuen polnischen Ansiedlungen mindestens so stark und intensiv sein sollen, wie die seinerzeit geschaffenen deutschen Wirtschaften, so müsse gelagt werden, daß eine solche Skala unter den polnischen Verhältnissen sich nicht anwenden lasse. Es müsse aber zugegeben werden, daß sich die Siedler allmählich immer besser einmischten.

Dem Minister scheint es durchaus natürlich und richtig, daß man das Posener Gebiet als Erleichterung für die überfüllte Krakauer Wojewodschaft behandle. Wollte man mit den Dörfern in der Wojewodschaft Krakau, die Siedler für das Posener Gebiet hergegeben hat, in eine nähere Verbindung treten, und sich darüber klar werden, daß ein anderer bedeutender Bevölkerungsabfluß aus diesen Dörfern in den nächsten Jahren nicht erfolgen werde, so würde man leicht die Begründung dafür finden, daß das Posener Teilgebiet als dasjenige, das in diesem Augenblick nach dem verpflichtenden Gesetz einen größeren Landüberschuß habe, in der Aufgabe, Siedler zu übernehmen, den Vorrang haben müsse.

Bereza ist kein Pensionat!

Der Etat des Justizministeriums im Senat.

Bei der Beratung des Haushalts des Justizministeriums gab der Referent, Senator Fürst Radziwill, ein Bild über die gesetzgeberischen Arbeiten und betonte, daß die Arbeiten an der Novellierung des Gesetzes bedeutend vorwärtsgelommen seien. Seine Vereinfachung mit dem katholischen Kirchenrecht sei soweit vorgeschritten, daß diese Frage bald werde erledigt werden können. Nachdem Senator Jędrzejewski über die Notwendigkeit der Wahrung der richterlichen Unabhängigkeit gesprochen hatte, wandte sich die Senatorin Flejzarowa in scharfen Worten gegen die Wirtschaft in den polnischen Gefängnissen. Die Gefängnisstrafe müßte, so sagte sie, eine Strafe und nicht eine Rache sein, sie sollte objektiv leidenschaftslos sein und nicht einmal den Anschein einer Willkür tragen. Leider sei es in unseren Gefängnissen anders. Die Rednerin führte u. a. die neue Gefängnisordnung an, die bestimmt, welche Lebensmittel Pakete den Gefangenen geliefert werden könnten. Die Ernährung in den Gefängnissen sei nach Ansicht der Senatorin ungenügend. Die Gefangenen sind, so fuhr die Rednerin fort, vorwiegend arme und unvermögende Leute. Von 412 Gefangenen, die in den Gefängnissen in Białystok, Lublin, Rawicz und Łomża untergebracht sind, sind 219 kleine Landwirte. Die Gefängnisordnung gestattete den Gefangenen u. a. zu schicken: 250 Gramm Zucker, 1 Kilogramm Brot, 300 Gramm Speck, 50 Gramm Labak, 1 Kilogramm Apfel und 1 Kilogramm frische Tomaten. Aber, so fragt die Rednerin, wer von den armen Gefangenen könne sich im Winter frische Tomaten leisten? Den bäuerlichen Familien reiche es nur zu Brot.

Justizminister Grabowski stellte in einer kurzen Rede fest, daß die Informationen der Senatorin Flejzarowa nur aus Informationen aus kommunistischen Quellen stammen könnten und diese seien ausgesprochen tendenziös. Soweit es sich um die Behandlung der Gefangenen in den polnischen Gefängnissen handelt, so sei sie liberal. Der Minister vertritt den Standpunkt, daß die in der Gefängnisordnung vorgesehenen Pakete ausreichend seien, ausreichend sei auch die Gefängnisverpflegung. Weiter sprach sich der Minister für die Aufhebung der Schwurgerichte aus. Er berührte auch die Frage der Prozesse über die Verleumdung des polnischen Volkes. Als Staatsanwalt sei er Zeuge eines Vorgangs gewesen, bei dem ein gewisser Pole in deutscher Sprache das polnische Volk verlästert habe. Seit dieser Zeit habe er die Überzeugung gewonnen, daß man mit solchen Erscheinungen ein Ende machen müsse. „Bereza“, so schloß der Minister, „ist kein Pensionat.“



durch **Knorr** Haferflocken
Gesunde Kinder

Lärm um nichts.

Ein Schauer Märchen

des „Jastruwany Kurjer Codzienny“.

In einem groß aufgemachten Artikel wußte der „Jastruwany Kurjer Codzienny“ und nach ihm auch andere polnische Blätter, von „Zwischenfällen“ mäßig einer polnischen Theateraufführung in Klausberg (Deutsch-Schlesien) zu berichten, bei denen es zu Zusammenstößen, Schlägereien und Anpöhlungen der polnischen Theaterbesucher gekommen sein soll. Das Blatt schrieb von einem „Renegaten-Abdamm“, der „unter stillschweigender Duldung der Behörden“ versucht habe, die Aufführung zu stören. Die „Ostdeutsche Morgenpost“ ist dieser Schauermeldung sofort nachgegangen, und hat folgendes festgestellt:

Während bisher die größeren Dörfer mit polnischen Laienspielgruppen theaterbesucht wurden, war am Sonnabend zum ersten Mal in Klausberg das Polnische Theater aus Kattowitz zu Gast, das sonst nur in den westoberschlesischen Städten gelegentlich vor den Angehörigen der polnischen Minderheit Vorstellungen zu geben pflegt. Zu der Klausberger Vorstellung hatten sich angeblich 700 polnische Besucher eingefunden. Während des vierten Aktes verlagte plötzlich die Beleuchtung — die technische Störung war im Annehmen, so daß die Vorstellung unverzüglich fortgesetzt werden konnte. Als kurz vor Schluß noch einmal die Lichtanlage verlagte, konnte auch dieser Schaden im Annehmen werden. Die Vorstellung wurde ohne jeden Zwischenfall zu Ende geführt, und Künstler wie Schauspieler haben in aller Ruhe den Brauerischen Saal verlassen. Bei der Lichtstörung handelte es sich um eine schadhafte Stelle in der Leitung, so daß also von einem Unfug oder einer „politischen Demonstration“ überhaupt nicht die Rede sein kann. Bereits Sonnabend mittag hatten Monteur an der Lichtleitung gearbeitet, da sie schadhafte war. So löst sich der ganze „Klausberger Zwischenfall“ als ein technisch bedingtes kleines Versehen auf, das mit politischen Demonstrationsgedanken, wie es die polnische Presse darzustellen sucht, nicht das geringste zu tun hat!

Das Geba-Buch — zurückgezogen!

Wie ein der Prager Regierung nahestehender Nachrichtenendienst meldet, hat der Verlag „Melantrich“ beschloffen, die noch unverkauften Exemplare des Buches „Sowjetrußland und die kleine Entente“ einzuziehen.

Das Buch wurde bekanntlich vom ehemaligen tschechoslowakischen Gesandten in Bukarest Jan Geba verfaßt und mit einem Vorwort des tschechischen Außenministers versehen. Es hatte das unangenehme Aussehen, besonders in Rumänien und Polen, erregt, weil es eine gemeinsame Grenze zwischen der Sowjetunion und der Tschechoslowakei beschriftete.

Eine Neuauflage des Buches wird nicht mehr erscheinen. Das Buch hatte bisher allerdings schon die fünfte Auflage erreicht.

Eine neutrale Kirchenwahlordnung.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Ein genaues Bild über den Aufmarsch der Kirchenparteien zu den evangelischen Kirchenwahlen wird sich erst dann geben lassen, wenn die Wahlordnung veröffentlicht sein wird. Über die Einzelheiten des Wahlverfahrens und über die Voraussetzungen, unter denen die geplante Nationalsynode der Deutschen Evangelischen Kirche zusammentreten kann, wird erst diese Wahlordnung Aufschluß geben, deren abschließende Behandlung inzwischen dem Reichsministerium des Innern zugewiesen worden ist. Dieses Reichsministerium, das außerhalb der kirchenpolitischen Auseinandersetzungen steht und über die gebotenen wahltechnischen Erfahrungen verfügt, scheint in erster Linie berufen zu sein, die letzte Hand anzulegen, um durch eine verständige und logische Wahlordnung den Kirchenwahlen einen soliden Grund zu geben und die Lösung der vom Führer und Reichsfanzler gestellten Aufgabe zu erleichtern, daß die Evangelische Kirche in Deutschland sich aus eigener Kraft zur inneren Ordnung und Einheit zurückfinden kann.

Weitere Abnahme der Arbeitslosigkeit im Reich.

Aus Berlin wird gemeldet:

Die Zahl der Arbeitslosen hat nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung im Monat Februar um 243 000 abgenommen und damit den Stand von 1 611 000 erreicht. Im Vergleich zu Ende Februar 1936 hat sich die Arbeitslosenziffer um 904 000 vermindert.

Neuer Regierungspräsident in Oppeln.

Der Reichs- und preussische Minister des Innern hat mit Zustimmung des preussischen Ministerpräsidenten den Ministerialrat Rüdiger im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda mit der kommissarischen Verwaltung der Regierungspräsidentenstelle in Oppeln betraut. Ferner hat der Reichs- und preussische Minister des Innern mit Zustimmung des preussischen Ministerpräsidenten den Landeshauptmann Adamczyk in Oppeln unter Entbindung von seiner Tätigkeit als kommissarischer Regierungspräsident in Oppeln zu seinem früheren Amt als Landeshauptmann der Provinz Oberschlesien zugleich die kommissarische Verwaltung der Stelle des Landeshauptmanns der Provinz Niederschlesien übertragen.

Rechenhäftsbericht über die XI. Olympischen Spiele. Das Organisationskomitee aufgelöst.

Das Organisationskomitee für die XI. Olympiade 1936 in Berlin legte am Mittwoch seinen Rechenhäftsbericht vor. Gleichzeitig wurde von der nach dem Hause des Deutschen Sports einberufenen Mitgliederversammlung die Auflösung des Organisationskomitees beschlossen. Zum alleinigen Liquidator wurde der bisherige Generalsekretär Dr. Carl Diem bestellt.

Auf der letzten Versammlung erstattete Präsident Erzelenz Dr. Lewald einen ausführlichen Bericht über den Ablauf der XI. Olympischen Spiele und ließ an Hand eines riesigen Zahlenmaterials erkennen, daß die Berliner Spiele alles Dagegen in den Schatten stellten. Gegenüber 1215 Wettkämpfern in Los Angeles fanden sich in Berlin 4784 aktive Teilnehmer ein. Dazu gesellten sich bei den Vorführungen 5869 Turner. Im olympischen Dorf wurden bei insgesamt 6359 Bewohnern an Aktiven, Begleitern und Offiziellen 82864 Übernachtungen gewährt.

Überwältigend sind auch die Zuschauerzahlen. Einschließlich der Ehrenarten wurden insgesamt 3800 000 Eintrittskarten umgelegt, davon entfielen 1200 000 auf auswärtige Besucher mit 250 000 aus dem Ausland. In noch nie dagewesener Weise wurden die Verkehrsmittel in der Reichshauptstadt beansprucht. So beförderte die Eisenbahn im Ortsverkehr während der 16 Festtage allein 28 Millionen Fahrgäste. Der Höhepunkt wurde am 9. August erreicht, an dem allein 2,2 Millionen die S-Bahn benutzten.

Die verkauften 3,8 Millionen Eintrittskarten brachten eine Bruttoeinnahme von 8 600 000 RM. Von den einzelnen Sportarten steht die Leichtathletik mit 1716 000 RM an der Spitze vor dem Fußball mit 1 136 000 RM. Das Festspiel ergab einen Überschuß von 300 000 RM. Alles in allem haben die Spiele das deutsche Wirtschaftsleben sehr wirksam beeinflusst. Diese Tatsache wird durch eine Erhebung der Reichsbank bestätigt, wonach jeder ausländische Besucher durchschnittlich 160 RM in Berlin ausgegeben hat.

Magenkranke, Magenleidende bevorzugen zum Frühstück die bekannten Zwiebäckchen der Konditorei R. Stenzel. Täglich frisch gebacken. 1/4 Pfund-Paket kostet nur 30 Groschen. 4347

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 11. März.

Wechselnd bewölkt.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet wechselnde Bewölkung bei ansteigenden Temperaturen an.

Warnung vor einem „Oberförster“.

In diesen Tagen trieb in Bromberg ein Betrüger sein Unwesen, dem es gelang, einzelne Firmen um nicht unerhebliche Beträge zu hintergehen. Dieser Betrüger stellte sich in der Regel als „Oberförster“ vor und trug in den meisten Fällen auch eine Försterruniform. Auf seiner Visitenkarte stand, daß er „Vertreter der Walddirektion des Fürsten Radziwiłł in Wiesnierz“ ist.

Das Erstmalige bei diesem Betrüger aber liegt in der Tatsache, daß sein Besuch bereits mehrere Tage vorher von der Walddirektion „schriftlich angemeldet“ wird. Diese schriftlichen Anmeldungen tragen am Kopf des Briefbogens die gedruckte Firma der Fortbewaltungen des Fürsten Radziwiłł, sind mit einem Abzeichen versehen und tragen Stempel und Unterschrift. Es ist selbstverständlich, daß diese Ankündigungen von dem Betrüger, der sich den Namen Radziwiłł auflegt, selbst geschrieben und unterzeichnet werden.

Der „Herr Oberförster“ beginnt bei seinen Besuchen mit den Verhandlungen über ein großes Holzgeschäft. Natürlich kommen nur Abschlüsse in Wagonladungen in Frage. Wenn der Abschluß zustande kommt, dann ist der „Herr Vertreter“ auf Grund des schriftlichen Bescheides der Fürstlichen Walddirektion „berechtigt“, 10 Prozent der Abschlußsumme als Anzahlung zu nehmen. Diese Anzahlungen sind dem Betrüger in allen Fällen ausstandslos ausgezahlt worden, weil es sich meistens nicht nur um ein günstiges Geschäft zu handeln pflegte, sondern weil man bei soviel Vorbereitungen einen Betrag gar nicht annahm.

Wenn das Geschäft abgeschlossen und der Betrag ausgezahlt worden ist, dann läßt sich der „Vertreter der Fürstlichen Walddirektion“ natürlich nicht mehr blicken. Es ist einwandfrei festgestellt worden, daß es sich um einen Betrüger handelt, dessen richtiger Name vorläufig noch nicht bekannt ist. Der Beschreibung nach handelt es sich um einen Mann von etwa 35 Jahren, 1,75 Meter groß, glatt rasiert, der, wie bereits erwähnt, die Uniform eines Försters trägt.

Deutsch-polnischer Postpaketverkehr.

Im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des neuen Handelsabkommens mit Deutschland hat, wie die polnische Presse meldet, das Post- und Telegraphen-Ministerium eine Dienstarrangierung für Paketversendungen im deutsch-polnischen Warenverkehr veröffentlicht. Für Pakete, die nach Deutschland gefaßt werden und aus Deutschland kommen, werden auch weiterhin Verrechnungsscheine gefordert. Von diesen Formalitäten sind außer Büchern, Warenproben und gebrauchten Bekleidungsgegenständen, die als Geschenkartikel versandt werden, auch alle Waren befreit, die einen Wert von 50 Zloty nicht überschreiten.

§ Plötzlicher Tod auf der Straße. In der Grünwaldstraße (Chausseestraße) fiel plötzlich die 31-jährige Arbeiterin Wanda Burtschel um und blieb auf dem Bürgersteig liegen. Passanten nahmen sich der Unglücklichen an, in dem Glauben, daß sie nur einen Schwindelanfall erlitten habe. Man rief sofort den Wagen der Rettungsbereitschaft herbei. Leider war alle Hilfe vergebens, denn man mußte feststellen, daß der Tod bereits eingetreten war.

§ Eine silberne Herren- und eine Damenuhr hatte der 38-jährige Schlosser Bolesław Konieczka aus der Wohnung der hier wohnhaften Czesława Dżmina entwendet. R. hatte sich jetzt deswegen vor dem hiesigen Bürgergericht zu verantworten, das ihn zu 6 Monaten Gefängnis mit zweijährigem Strafausschub verurteilte.

§ Bestohlen wurden die hier wohnhaften Eheleute Piotr und Rozalja Chajzerenko. Im Dezember v. J. machten die Eheleute die Bekanntschaft eines Mannes, der sich ihnen als Wolkowiat vorstellte und angab, daß er seine Portierstelle gerne abgeben möchte. Da Ch. auf eine solche reflektierte, nahm er den Wolkowiat in seine Wohnung mit, um mit ihm die Angelegenheit näher zu besprechen. Wolkowiat drängte dazu, daß sofort ein Vertrag mit dem Ch. abgeschlossen werde, wofür er 12 Zloty verlangte. Dies kam dem Ch. einigermaßen verdächtig vor, so daß er dem W. erklärte, sich die Sache mit der Übernahme der Portierstelle noch zu überlegen. Als der angebliche Portier die Wohnung verlassen hatte, mußten die Eheleute feststellen, daß dieser ihnen aus einem Schubfach einen goldenen Ring und einen Betrag von 5 Zloty gestohlen hatte. Die Polizei, der von dem Diebstahl Anzeige erstattet wurde, ermittelte den Dieb in dem 34-jährigen Karol Minzinski, der sich den Eheleuten als Wolkowiat ausgegeben hatte. M. ist ein mehrfach vorbestrafter Dieb, der in der letzten Zeit vom Gericht wiederholt verurteilt worden war. Diesmal erhielt er vom Bürgergericht 1 1/2 Jahre Gefängnis.

§ Wegen tätlicher Beamteneileidigung hatten sich vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts die 38-jährige Bureauangestellte Olga Kocko und die 33-jährige Justina Kasczenko, beide in Kowel wohnhaft. Die beiden Frauen, die zurzeit im Gefängnis in Jordan eine längere Freiheitsstrafe absitzen, hatten im vergangenen Monat den Gefängniswächter Josef Szczepkowski und die Aufseherin Marta Jawska während einer Kontrolle der Gefängniszelle tätlich angegriffen und beleidigt. Das Gericht verurteilte die Angeklagten zu je 4 Monaten Arrest.

Achtung — Eltern schulpflichtiger Kinder!

Alle schulpflichtigen Kinder, d. h. alle, die bis zum 31. Dezember des laufenden Kalenderjahres 7 Jahre alt werden, müssen zur Schule angemeldet werden. Diese Anmeldung muß im Frühjahr geschehen, nicht erst Ende August kurz vor Schulanfang!

Die Schulbehörde setzt die Tage fest, an denen gemeldet werden muß; und nur an diesen Tagen werden die Meldungen angenommen.

Im festgesetzten Einschreibungsstermin haben auch die Anmeldungen älterer Kinder von einer Schule zur anderen zu erfolgen. Das betrifft Kinder, die z. B. von der staatlichen Schule auf eine Privatschule übergehen sollen.

Im vorigen Jahr fanden die Einschreibungen überall in den ersten Apriltagen statt. Da in vielen Fällen die Meldebüro erst ganz wenige Tage vorher behördlich bekannt gemacht wurden, haben nicht wenig deutsche Eltern, die ihre Kinder für eine Schule mit deutscher Unterrichtssprache anmelden wollten, die Frist veräumt. Diese Versäumnisse haben dann Nachteile und Schereizen gebracht.

Nach wissen wir nicht, was für dieses Jahr verfügt wird. Deutsche Eltern! Achtet auf die amtlichen Bekanntmachungen im März und Anfang April! Und haltet Euch genau an die Vorschriften!

Bereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Gesellschaftsternverein. Sitzung Freitag, 12. März, 20 Uhr, Böhmer. 2439
Biedertafel Franenchor heute, 20 Uhr, Probe im Casino. (1166)

Snowrocklaw will nicht zu Pommerellen gehören.

Im Zusammenhang mit der geplanten Zuteilung der Kreise Snowrocklaw und Błocławek zu Pommerellen wird die Bevölkerung Anklamens, besonders aber die Landwirtschaft bei den Zentralbehörden in Warschau einen offenen Protest gegen die nach etwa einem Jahr bevorstehende praktische Durchführung der Änderung der Wojewodschaftsgrenzen einlegen.

Bei der Stadtverwaltung ist ein Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Stadtverordneten-Versammlung eingegangen. Die Antragsteller fordern:

einen offiziellen Protest gegen die Zuteilung zu Pommerellen,

die Entsendung einer besonderen Abordnung der Stadtverordneten-Versammlung, um persönliche Vorstellungen bei den zuständigen Warschauer Regierungsstellen zu erheben,

die eingehende Unterrichtung der Abgeordneten und Senatoren Großpolens über die Einzelheiten des Protestes der Stadt gegen die Abtrennung von der Wojewodschaft Posen.

Bestialisches Verbrechen.

In der Ortschaft Chromiec, Kreis Jaroschin, ließ sich vor einigen Jahren die Witwe Józefa Terlegow aus Kalisz mit ihrem Sohn und drei Töchtern nieder, wo sie eine acht Morgen große Wäldnerstelle erworben hatte. Die 40-jährige Tochter Marianna, die fleißig und wirtschaftlich sehr geschäftig. Im Oktober v. J. verschwand diese plötzlich. Die Familie gab an, daß sie bei Verwandten in Kalisz sei, was aber nicht der Fall war. Infolge schwerer Verdachts nahm die Polizei die Angelegenheit in die Hand. Während einer jetzt durchgeführten Durchsuchung der Wirtschaftsgebäude bei der Familie Terlegow wurde im Viehstall unter einer Dünge- und Steinhaube, auf welcher eine Kuh stand, die Leiche der vermissten Tochter gefunden. Die Witwe und ihre drei Kinder wurden darauf in Haft genommen. Es stellte sich heraus, daß das Mädchen im Schlaf von ihren Angehörigen erwürgt und die Leiche im Viehstall vergraben wurde.

* Hopfengarten (Brzozka), 10. März. Dem Besitzer Emil Gollach aus Dienpino erbrachen in einer der letzten Nächte Diebe den Geflügelstall und stahlen etwa 20 Hühner. Die Diebe entkamen unerkannt mit der Beute.

ss Snowrocklaw, 10. März. Sterbend die Wahrheit gesagt. Wie bereits berichtet, war vor kurzer Zeit der Beamte Jurkowski in Nowiny von seiner 23-jährigen Frau mit einem Bajonett derartig verletzt worden, daß er vor zwei Tagen im Krankenhaus starb. Vor seinem Tode gestand er, daß er nicht Jurkowski sondern Dwczarek heißt, und daß seine angebliche Frau nur seine Geliebte sei, deren Mann — Jurkowski — unter geheimnisvollen Umständen gestorben ist, worauf ihm dessen Papiere als Ausweis dienten. Die

Polizei hat nunmehr die schwere Aufgabe, ein düstres Geheimnis zu lösen.

ss Mogilno, 9. März. Auf Veranlassung der Kreisfrauengruppe von der Belage wurde im Hotel Monopol ein dreitägiger Kochlehrgang veranstaltet. Die Leitung lag in den Händen des Fräuleins Ilse Busse-Suklowo. An diesem Kursus nahmen 27 Landwirtstöchter teil. Am ersten Tage hielt die Leiterin einen Vortrag über „Verwendung wirtschaftseigener Nahrungsmittel und neuzeitliche Ernährungsfragen“, worauf an den beiden anderen Tagen von den jungen Mädchen praktische Arbeiten im Kochen und beim Backen in der Hotelfüche gruppenweise ausgeführt wurden. Die Teilnehmerinnen stellten fest, daß auch in kurzer Zeit mit Lust und Liebe viel Wissenswertes gelernt werden kann. Zum Abschluß nahmen alle an einer geschmückten Kaffeetafel teil. Diesem Kochlehrgang schloß sich ein zweiter in Orzechow an, der auch gut besucht war und am Dienstag seinen Abschluß fand.

Republik Polen.

Der 11. November wird Staatsfeiertag in Polen

Unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten, General Slawoj-Skladkowski, hielt der Ministerrat am Montag eine Sitzung ab, in der u. a. ein Gesetzentwurf angenommen wurde, den 11. November, als den Tag, an dem Pilsudski die Macht übernahm, als Staatsfeiertag anzuerkennen. Durch dieses Gesetz soll der patriotische Brand, den 11. November festlich zu begehen, rechtlich sanktioniert werden.

In einem Kommentar betont der „Głos Poranny“, daß ganz Polen diesen Beschluß mit Beifall aufnehmen werde. Das Parlament werde Gelegenheit haben, durch die Annahme dieses Gesetzes einem lebhaften Wunsch der Bevölkerung Rechnung zu tragen, denn mit dem Tage, an dem Pilsudski wieder nach Polen zurückkehrte, und die Macht übernahm, habe eigentlich die staatliche Existenz Polens wieder begonnen.

Der polnische Staatspräsident spricht im Rundfunk.

Das Komitee zur Ehrung des Andenkens des Marschalls Pilsudski hat jetzt das Programm für die Feiern am Namenstag des Marschalls, dem 19. März, festgesetzt. In allen größeren Städten Polens werden militärische Paraden und in allen Ortschaften Feiern stattfinden. Den Mittelpunkt der Feiern soll ein Gemeinschaftsempfang einer Rundfunkansprache zum Gedenken des Marschalls bilden, die Staatspräsident Moscicki selbst über alle polnischen Sender halten wird.

Zum zweiten Mal nicht bestätigt.

Die abermalige Wahl des ehemaligen Abgeordneten Norbert Barlicki zum Präsidenten der Stadt Lodz ist vom Innenminister zum zweiten Mal nicht bestätigt worden. Gleichzeitig hat der Minister, wie die Polnische Telegraphen-Agentur meldet, auf Grund der Bestimmungen des Selbstverwaltungsgesetzes den bisherigen vorläufigen Stadtpräsidenten Godlewski wieder zum vorläufigen Präsidenten der Stadt Lodz berufen.

Auflösung eines jüdischen Vereins.

Die Kreisstaroste in Strzyz hat die Tätigkeit des jüdischen Vereins, der den Namen M. Goldfraden trägt und unter dem Deckmantel der kulturellen Aktion seit längerer Zeit eine staatsfeindliche Tätigkeit betrieben hat, verboten. Im Zusammenhang damit haben, wie der „Dziennik Bydgoski“ berichtet, die Polizeibehörden mehrere Hausdurchsuchungen in Strzyz und im Kreise vorgenommen.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

Eine Mutter mit vier kleinen Kindern lebendig unter einstürzenden Hausmauern begraben.

In der Ortschaft Antoninów, Kreis Leczyca, hatte der Landwirt Lukasz Gielicki vor einem Jahr ein massives Wohnhaus für sich und seine Familie gebaut. Nichtsahnend stürzten in einer der letzten Nächte die Mauern des Hauses zusammen und begruben unter sich die Bäuerin mit vier kleinen Kindern. Wie durch ein Wunder, waren J. und sein älterer Sohn dem Tode entronnen. Wie festgestellt wurde, war dieses Haus auf sandigem Untergrund gebaut worden. Bei der Feuchtigkeit hatten sich die Sandmassen von den Fundamentmauern entfernt, und die Katastrophe trat ein.

Seinen Schuldner mit der Forke erstochen

und dessen Frau mit dem Messer zerfleischt.

In der Ortschaft Nowydwór bei Warschau besaß der 62-jährige Antoni Jakrzewski eine 16 Morgen große Wäldnerstelle, auf der er einen Jan Kurzepa beschäftigte, der ihm 1000 Zloty geliehen hatte. Arbeitslos geworden, verlangte dieser das geliehene Geld von seinem Schuldner zurück. J. weigerte sich, die Schulden abzugeben, vielmehr stützte er sich darauf, daß dieselben einem Moratorium unterliegen. Ergreift darüber ergriff J. eine Dunggabel, stürzte verzweifelt in die Wohnung des J. und durchstach ihn. Als dessen Frau herbeieilte, zog er ein Messer und zerfleischte sie, worauf er sich der Polizei auslieferte.

Wasserstands Nachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 11. März 1937.

Aratau — 0,20 (— 0,54), Zawichost + 3,48 (+ 2,96), Warschau + 3,16 (+ 3,20), Piotrków + 2,88 (+ 3,08), Thorn + 3,99 (+ 3,45), Jordan + 3,06 (+ 3,36), Culm + 4,24 (+ 4,24), Graudenz + 4,56 (+ 4,23), Kurzebrat + 4,71 (+ 3,91), Bielitz + 4,67 (+ 3,54), Dirschau + 4,60 (+ 3,42), Einlage + 3,43 (+ 2,84), Schiemenhorst + 3,12 (+ 2,70). (In Klammern die Meldungen des Vortages.)

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströbe; für Stadt und Land und den Abdruck unpolitischer Zeitl.: i. B.: Arno Ströbe; für Anzeigen und Nekrologien: Edmund Pragaodakt; Druck und Verlag von H. Tietmann & Co. v., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich Unterhaltungsbeilage „Der Hausfreund“

Seute, um 11 Uhr abends, hat Gott der Allmächtige nach langer, schwerer Krankheit auch unsere geliebte, herzengute Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Marie Bohm

geb. Rutzscher

im 80. Lebensjahre zu sich heimgerufen.

2440

In tiefer Trauer

Helmuth Bohm

Else Herzberg geb. Bohm

Paul Zendrite

und 4 Enkelkinder.

Bydgoszcz, Eberswalde, den 10. März 1937.

Die Beerdigung findet am Sonntag, dem 14. d. M., um 3 Uhr nachm. von der Leichenhalle des Schleusenauer ev. Friedhofs in Jägerhof statt.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, sowie die zahlreichen Kranz- und Blumenpenden beim Heimgegangenen unseres lieben Entschlafenen sagen wir allen unsern

aufrichtigsten Dank.

Anna Schwante
und Kinder.

Marient, März 1937.

2431



Möbel-Stoffe
Tappete: Kokosläufer
Erich Dietrich
Bydgoszcz, Gdańska 78.
Telefon 3782. 8107



SPORT-VEREIN KLUB
ABZEICHEN-FABRIK
P. KINDER
Bydgoszcz
Gdańska 40
Tel. 19-22

Rechts- angelegenheiten

wie Strat., Prozeß-,
Hypotheken-, Aufwer-
tungs-, Erbschafts-,
Gesellschafts-, Miets-,
Steuer-, Administra-
tionsachen usw. be-
arbeitet, treibt Forde-
rungen ein und erteilt
Rechtsberatung.

St. Banaszak
obronca prywatny
Bydgoszcz
ul. Gdańska 35 (Haus Gray)
1857 Telefon 1304.

Dauervellen

5.— Zloty.

1016

A. Gudzun, Jagiellońska 26.

BÜRO-ARTIKEL



Briefordner
Schnellhefter
Ablegeklappen
Schreibzeuge
Akteendeckel
Papierkörbe
Lösscher
Lineale
Locher

A. DITTMANN T. Z. O. P.
Bydgoszcz, Marszałka-Focha 6. Tel. 3061.

Virtuosen und Kenner
Sind unsere steten
Gönner

Fabrik: Arnold Fibiger,
Kalisz, Szopna 9.

Vertreter:
Centralny Magazyn Pianin, Poznań,
Pierackiego 11, Tel. 3874.



2340

AUG. HOFFMANN, GNIEZNO, Tel. 212

Baumschulen und Rosen-Großkulturen
Erstklassige größte Kulturen
garantiert gesunder, sorten-
reicher Obstbäume, Allsee-
bäume, Sträucher, Stamm-
u. Busch-Rosen, Coniferen,
Stauden, Hecken- und Spargel-
pflanzen, Dahlien etc. 2322
Gegründet 1837.
Sorten- und Preisverzeichnis in
polnisch und deutsch gratis.
Die Kulturen umfassen 50 Hektar.

Sortpflanzen, Sedenpflanzen, Alteebäume und Koniferen

gibt billigt ab.
Kostenlos fachmännische Beratung
bei Neuaufstellungen und deren evtl.
Übernahme bei billiger Berechnung.
M. Kornowsky, Fortbaustraße
Sepolno, Pom., Tel. Nr. 52. 2353

Für größere Reparatur-Werkstätte in
Pomorze wird ein tüchtiger

Schmiedemeister oder Schlossermeister

in Dauerstellung zum baldigen Antritt gesucht.
Angebote mit Angabe der bisherigen Tätigkeit,
Zeugnisabschriften und Gehaltsforderung sind
unter 3 2423 a. d. Gehst. d. Stg. einzureichen.

Suche zum 1. 4. 1937
unverheirateten, gut
empfohlenen

Chausseur

der auch in d. Schmiede
helfen muß. Schriftl.
Bewerbungen erbittet
S. Mendorf,
Jdzichowa, v. Gniezno.

Tüchtig. Gehilfen

für Kolonialwaren- u.
Restaurations-Betrieb
per 1. 4. bzw. sofort
gelehrt. Zeugnis- u. Abstr.
u. Gehaltsanpr. unt.
3 2383 an die GSt. d. Stg.

Schmiede- gesellen

Sucht von sofort 2398
E. Schmiede, Bydgoszcz.

Jüngerer Gärtnergehilfen

stellt sofort ein
Schumann, Fordonska 63

Suche zum 15. März
oder 1. April kräftigen
Gärtnerlehrling
möglichst vom Lande.
A. Jaskowski, 101
Bydgoszcz, ul. Dzia 47.

Für mein Kolonialw.-
u. Restaurationsgeschäft
suche ich zum 1. April
einen Lehrling poln.
u. deutsch sprech. Meld.
u. Lebenslauf erb. 2399
S. Warm, Górzno, Pom.

Eine deutsch-polnische
Korrespondentin
mit Stenographie
in beiden Sprachen, guten
Zeugnissen u. Referenz.,
im Alter bis zu 35 Jahren,
wird für Warszawa ge-
sucht. Bevorzugt werd.
Damen, die im selbstän-
digen direkten Kunden-
dienst im Büro bewand-
ert sind. Offert. unter
"Solide Kraft" beförd.
Tow. Reklamy Między-
narodowej, Warszawa,
Marszałkowska 124. 2402

Wegen Verheiratung
der ledigen suchen wir
zum 1. oder 15. April
bestmögliche, evgl.

Rechnungs- führerin

mit mehrjähr. Praxis.
Perfekt Polnisch in
Wort und Schrift Be-
dingung. Gef. schrift-
liche Bewerbungen er-
bittet Gräfl. Reniamt
Sartowice, post. Doine
Sartowice, p. Swiecie
nad Wilk. 2432

Geldmarkt

Ca. 15000 Zł.
zur 1. Hypothek auf ein
ertr. Grundstück, gegen
gute Verzinsung ge-
sucht. Gef. Angebote
unter 3 2393 an die
Gehst. d. Stg. erb.

7-8000 zł

zur 1. Stelle auf ein
100 Ma. groß. Privat-
grundstück (2. u. 3. So-
zialklasse) gesucht. Gef.
Zuschreiben unt. 3 1167
an die Gehst. d. Stg.

Offene Stellen

Suche für meine inten-
sive Zudrücken- und
Viehgeschäftswirtschaft,
energievollen, gebildeten

Beamten

unt. meiner persönl.
Leitung. Reitpferd w.
gestellt. Gehaltsanpr.
und genaue Lebens-
lauf einreichen. 2447
Dietrich, Chrukowo,
p. Oborniki.

Hof- u. Speicher- verwalter

gelehrt. Bewerbungen
mit Lebenslauf, Zeug-
nisabschrift und Gehalts-
anpr. unter 3 2416
a. d. Gehst. d. Stg. erb.

Lebensgefährtin.

Witwe angen., etwas
Bermögen erwünscht.
Offerten unter 3 2436
an die Gehst. d. Stg.

Zwei Freunde.

Selbst., ev. Baderstr.,
mit gutgehend. Bader-
u. Gutsbesitzer suchen
Frauen, beid. Sprach-
mäch., von ca. 18-24 J.,
mit 5-15000 Zł. Off.
mit Bild unter 3 1008
an die Gehst. d. Stg.

Chausseur

evtl. Diener-Chausseur.
Bewerba. mit Lebens-
u. Zeugnisabschriften u.
Gehaltsforderung unt.
3 2417 an die Gehst.
dieser Zeitung erbeten.

Rüchenmädchen

zum 1. April gesucht. 2446
Frau Gertrud Roemer
von Guttorf,
Giesławice, pow. Ma-
gowiec, poczta Lipina,
koło Golanów.

An- u. Verkäufe

560 Morgen
Mittelboden, ohne In-
ventar, Preis 31 000 Zł.,
Anzahlg. 15 000 Zł. 1156

Sokolowski,
Sniadeckich 52, Tel. 3519

Grundstück

ca. 20 Morg. m. Invent.,
in lebhafter Gegend zu
lauf. gel. u. Budzinski,
Tartowo, p. Nowawies
Wielka. 1162

Neuwerk-Grundstück

50 Morg. mit 2 Wohn-
häusern zu verpachten.
Tot. u. leb. Invent. aus-
lauf., 3 km a. Bahnhof.
Pauline Gramenz,
Zulawa, poczta Osiek,
powiat Wyrzysk. 1173

Möbelfabrik- Grundstück

mit Maschinen, ist bei
nicht großer Anzahlung
zu verkaufen. Offerten
unter Nr. 2395 an die
Gehst. d. Stg. erb.

Landw. Beamter

mit vielseitig. längjhr.
Praxis, 32 J. alt, ledig,
deutsch u. poln. in Spr.
u. Schr. sucht Stellung
als Inspektor, Buchhal-
ter od. Lagerverwalter
von sofort bzw. später.
Serrichten dienlich.
überl. Kraft ein-
stellen, bitte um Ange-
bot unt. 3 1169 an die
"Deutsche Rundschau".

Landwirt

Sucht Stellg. a. größer.
evtl. a. kleiner Gute. Off.
u. Nr. 2404 a. d. Gehst.
A. Kriebitz, Grudziadz.

Welter, erf. evgl.
Landwirt sucht von
später Vertretung stellg.
in Landwirtschaft od.
ähnlichem Betriebe als
Büroverwalter, Aufseher,
Lagerverwalter. Nehme
auch Vertretung an bei
beidebenenden Anpr. u.
Beförderung. zur Verfü-
gung. Offert. unt. 3 2369
a. d. Gehst. d. Stg. erb.

2. Beamter

evgl. Gymnasialbild.
2 J. h. Praxis, Absol-
ver landw. Schule.
Polnisch in Wort und
Schrift. Ang. unt. 3
1152 an d. GSt. d. Stg. erb.

Landwirtsjohn

Sucht zur weiteren Aus-
bildung auf einem Gut
zum 1. 4. 37 Stellung
ohne gegenst. Vergü-
tigung. Angeb. u. 3 2435
a. d. Gehst. d. Stg. erb.

Bürovorsteher

mit langjhr. Praxis.
Sucht Stellung auf ein
Gut als

Gutssekretär

bei geringen Gehalts-
anpr. Offert. unt.
3 1073 an d. GSt. d. Stg.

Abiturient, Polnisch, fl. Korrespond., Ma- schinenführ., bew. in Buchführ., sucht Stellg. Frl. Zucht, unter 3 1137 an die GSt. d. Stg.

Chausseur, gelernter Auto- und Maschinen- führer, evgl., 26 J., a. 7 J. im Fach tätig, mit guten Zeugnissen, sucht andere Stellg. Dauerstellg. Offerten unter 3 1144 a. d. Gehst. d. Stg. erb.

Chausseur, ledig, evgl., fahren, der selbst Repa- raturen ausführt, sucht Stellung. Sokołowski, Pulawskiego 33. 1163

Lebiger, evangelischer Gutsdiener

24 J. alt, militär., mit
allen Zweig. der Gärn.
vertraut, sucht vom 1. 4.
od. 15. 4. Dauerstellung.
Offerten mit Betriebs-
u. Gehaltsanpr. u. 3
1168 a. d. GSt. d. Stg. erb.

Fleischergeselle

Sucht von sofort oder später
Stellung. Angeb. erb.
an Herbert Wendland,
Bydgoszcz, ul. Jagiel-
lońska 26, W. 9. 1164

Rutzcher

unverh., sucht Stellung.
Offerten unter 3 1158
a. d. Gehst. d. Stg. erb.

Deutsches Ehepaar in mittleren Jahren sucht Hausverwaltung.

Freundl. Ang. u. 3 1149
a. d. Gehst. d. Stg. erb.

Evgl. Mädchen sucht Stellung v. 1. 4. 37 als

Stubenmädchen

auf ein Gut. Off. erb.
u. 2 2411 an d. GSt. d. Stg.

Landwirt, der Du Braugerste anbaust, wähle

„Danubia CIOLKOWSKA“ (früher Ackermanns).

Bekanntlich ist die „Danubia“-Gerste die
Sorte des Kontinentalklimas, die Sorte,
die Trockenperioden glänzend übersteht,
die ein minimales Wasserbedürfnis hat und
gerade auf mittleren und leichteren Böden,
auf denen die anspruchsvolleren Sorten
nicht mehr mit Erfolg gebaut werden
können, sich **ausgezeichnet** bewährt
hat. Sie ist daher für unsere überwiegend
im Trockenklima liegenden Landesteile

die ideale Gerstensorte.

„Danubia“ ist sehr frühreif und
fast immun gegen Streifenkrankheit und
Staubbrand. Sie liefert ein **Qualitäts-
korn allerersten Ranges**. Viel-
fach prämiert auf den Braugersten-
märkten in Polen.

Preis 50%, über Posener Höchstnotiz
für Braugerste, Mindestrundpreis

26.— zloty per 100 kg
zu beziehen direkt von

Saatzuchtgesellschaft Ciolkowo,
p. Krobica, pow. Gostyn

oder durch die
Posener Saatzengesellschaft Sp. z o. o.
Poznań, Aleja Marsz. Piłsudskiego 32.

Landwirte

die in der Wojew. Poznań Land in
Größe von 10-20 ha erwerben wollen
und über 15-25000 Zł verfügen, wollen
sich sofort melden. Off. u. 1850 an die

Anz.-Vermittlg. Kosmos, Sp. z o. o., Poznań 3
Al. Marsz. Piłsudskiego 25. erbeten. 2419

Gußeisen und Metall

kauft in jeder Menge 2338
R. KLOSE, fabryka maszyn, Grudziadz.

Fahrrad für Dame u. Herrn, Gelegenheitsf., ab- zug. Sobieskiego 9, W. 6.

1002

Wohnungen

Gr. 3.-3. Wohn-
Borotvilla, Glasver.
Elektr. Gas, Gartenan-
teil, Strassenb., 3. verm.
Beschäftigung 13-15. 1096
Wawrzyniak 15.

Staatl. Beamter sucht 2-3.-3. Wohn- Off. unt. Nr. 53.483 a. d. Gehst. d. Stg. 2411

2-Zimmer-Wohn- mit Stall, Garten u. etwas Land im Borort od. Uman. Bydgoszcz zu mieten ge. Off. u. 3 1059 an die GSt. d. Stg.

Stube und Küche zu mieten gesucht. Ana. u. 3 1107 a. d. GSt. d. Stg. erb.

Meinlieb. Dame sucht von sofort oder 15. 3. leeres Zimmer.

Offerten unter 3 1150
a. d. Gehst. d. Stg. erb.

Suche II. Boden f. Lebensmittelgeschäft. 2 3. u. R. Off. u. 3 1160 a. d. Gehst. d. Stg. erb.

Zentrum

groß. Büroraum, evtl.
zwei. Gdańska 32, W. 7.

Große Werttelle

u. ein Rotor 3. verm.
Pomorita 13. 2395

Möbl. Zimmer

Möbliertes Zimmer
p. Hof. od. bät. 3. verm. 1097
Sniadeckich 28, W. 8.

14 Tage

Sprachunterricht

nach der bewährten Methode 2029

Toussaint-Langenscheidt

vollständig kostenlos!

Kein Auswendiglernen von Regeln, keine
Vortexte, keine besondere Begabung
erforderlich. — **Vollschulbildung** genügt.
Für jeden geeignet. Sunderschule aller
Berufsstufen haben bereits mit bestem Erfolg da-
nach studiert und so ihre Lebenslage verbessert.
Auch Sie schaffen es; versuchen Sie es nur.
Teilen Sie uns auf nebenstehendem Abschnitt
mit, welche Sprache Sie erlernen wollen.
Wir senden Ihnen Lehrmaterial für
14 Tage kostenlos und portofrei zu. Es
braucht nicht zurückgeliefert zu werden.
Sie gehen damit auch keinerlei Ver-
pflichtung zum Kauf, zum Abonne-
ment oder dergleichen ein. Senden
Sie den Abschnitt heute noch ab!

Langenscheidtsche Verlagsbuchhandlung
Prof. G. Langenscheidt
Berlin-Schöneberg 292

Bromberg, Freitag, den 12. März 1937.

Pommerellen.

11. März.

Graudenz (Grudziadz)

Begen schwerer Körperverletzung

an seinem Arbeitgeber, die dessen Tod nach sich zog, hatte sich vor dem Graudenzger Gericht der Arbeiter August Krüger aus Ketzwalde (Ketzwałd), Kreis Graudenz, zu verantworten. Der Angeklagte war bei dem Landwirt Eugen Stüme beschaftigt. Am 10. August v. J. kam es zwischen diesem und dem Angeklagten, der gegen seinen Arbeitgeber schon vorher einen gewissen Groll gehabt haben muß, zum Streit. Dabei ergriff Krüger eine Kartoffelhacke und schlug mit ihr seinem Arbeitgeber mit voller Wucht auf den Kopf. Der Mißhandelte, der eine schwere Verletzung erlitten hatte, brach zusammen und wurde in seine Wohnung getragen. Nach fünfwöchigem Krankheitslager verstarb er an den Folgen der erhaltenen Verletzung.

Der Angeklagte suchte sich in der Verhandlung damit auszuweichen, daß er in Notwehr gehandelt habe. Sein Arbeitgeber hätte ihn vorher mit dem Stock geschlagen, und nachdem er ihm den Stab mit der Hacke verkehrt hatte, noch nach ihm mit einem Stein geworfen. Diese Angabe wurde durch die Zeugin Frau Aniela Pika, die den Vorfall beobachtet hat, widerlegt. Die Zeugin sagte aus, daß Landwirt Stüme, nachdem er von dem Angeklagten den Schlag erhalten hatte, sofort niedergekniet sei und somit gar nicht vermocht hätte, einen Stein zu ergreifen. Das Urteil gegen den Angeklagten lautete auf 2½ Jahre Gefängnis.

× **Ansteckende Krankheiten in Graudenz.** In der Woche vom 28. Februar bis 6. März d. J. verzeichnete die fortlaufende Statistik des Städtischen Gesundheitsamts die besonders erhebliche Zahl von 24 Fällen von ansteckenden Krankheiten. An erster Stelle standen Masern mit fünfzehn Fällen; an Tuberkulose waren sechs Erkrankungen, sowie Scharlach, Diphtherie und Ägyptische Augenkrankheit in je einem Fall zu notieren.

× **Hochbetagt verschieden.** Im gesegneten Alter von 91 Jahren verstarb am 9. d. M. in Parsken Frau Henriette Niede geb. Stucke, Ehefrau des Besitzers Eduard Niede. Vor vier Jahren am ersten Osterfest wurde die Entschlafene nebst ihrem Gatten und einer Tante von Räubern überfallen. Fast alle Familienmitglieder wurden damals schwer verletzt, so daß sie mit Not dem Tode entrannten. Nun ist die Hochbetagte friedlich eingeschlafen und der argen Welt entrückt.

× **Eine Verbesserung der Inneneinrichtungen** und damit Hebung seines allgemeinen und damit auch hygienischen Zustandes des Städtischen Krankenhauses hat zurzeit begonnen. Bekanntlich hat dieses Spital wiederholt in der Öffentlichkeit, auch z. B. in der letzten Sitzung der Stadtväter, mancherlei Kritik erfahren. Einem Umbau wird u. a. der Operationsaal unterzogen, und dabei gleichzeitig ein gänzlich abgesonderter Vorbereitungsraum eingerichtet werden. Ferner soll im Operationsaal eine von dem städtischen Leitungsnetz gänzlich unabhängige Lichtanlage installiert werden. Neben der bisherigen Zentralheizung wird eine schnell funktionierende elektrische Heizungsanlage eingebaut. In den letzten Tagen hat die Krankenhausleitung auch einen neuzeitlichen Sterilisator erworben. Zurzeit ist man damit beschäftigt, eine Anzahl neuer Wannen nebst Duschen zu installieren und die Aborte umzubauen. Vollerendet wurde bereits eine moderne Klingelsignalanlage. Vorgenommen werden soll auch eine Erweiterung des analytisch-chemischen Laboratoriums. Mit einer gründlichen Renovierung des Innern der Säle überhaupt, sowie der Korridore, Türen und Betten ist begonnen worden. Unter den neuangekauften Apparaten und Gerätschaften befinden sich diagnostische, chirurgische, gynäkologische, ophthalmische und laryngologische Apparate, sowie Feuerlöscher. Mit Frühjahrbeginn wird eine neuzeitliche Anforderung entsprechende Wäscherei und Trocknerei in Gebrauch genommen werden. Schließlich ist noch die Zahl der Blumen und Pflanzen auf den Korridoren vermehrt worden.

× **Ein Strafprozeß gegen einen Polizeifunktionär** wurde am Dienstag vor dem Bezirksgericht verhandelt. Angeklagt war der frühere Vize des 2. Polizeikommissariats Teodor Barikiewicz. Er hat laut Anklageakt im Juni v. J. von dem Inhaber einer Bierstube, Josef Cukier, einen Betrag von 2 Zloty und einige Zigaretten, etwas Kuchen und Sodawasser dafür erhalten, daß er (B.) einen polizeilichen Straßensperre, über 5 Zloty lautend, vernichtete. Am 21. Dezember v. J. erhielt B. vom Maksymilian Przybylski für die gleiche Handlung 20 Zloty. Weiter empfing er von Antoni Brzezinski, Aleksander Popowski und Franciszek Gnatowski Geldbeträge, wofür er ihnen versprach, gegen sie verhängte Strafmandate zu vernichten. Der Angeklagte, der sich seit dem 12. Januar d. J. in Untersuchungshaft befindet, ist inzwischen von dem Arzt der Psychiatrischen Abteilung des Strafgefängnisses Dr. Wiczor auf seinen Geisteszustand untersucht worden. Das Gutachten geht dahin, daß der Angeklagte an einer Gemütskrankheit, der sogenannten Situationspsychose, leide und in diesem Zustande nicht zur Verantwortung gezogen werden könne. Barikiewicz machte in der Verhandlung tatsächlich den Eindruck, als läge bei ihm eine Anomalie vor. Er gab auf die Frage des Vorsitzenden an, von nichts zu wissen, und äußerte, man könne ihn totschlagen oder sonst mit ihm machen, was man wolle. Das Gericht entschied schließlich dahin, daß die Verhandlung bis zur Wiederherstellung des Angeklagten auszusetzen sei.

× **Dem letzten Polizeibericht** zufolge wurden zwei Diebe und Gehele, sowie eine Person wegen Trunkenheit festgenommen. Zur Strafverfolgung gelangte eine Person wegen Angabe eines falschen Namens, sowie wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und ruhestörenden Verhaltens.

Vereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Deutsche Bühne Grudziadz. Graudenz lacht und ist begeistert, das ist das einstimmige Urteil über den „Blauen Heinrich“, und dieser Erfolg wird sich auch am kommenden Sonntag, dem 14. März d. J., wiederholen. Ein wirklicher Volkstheater, so urteilt die reichsdeutsche Presse über den „Blauen Heinrich“, bei dem sich das Publikum im wahren Sinne des Wortes vor Augen bog. Wie in Berlin, wo der „Blaue Heinrich“ bisher 100 Mal über die Bretter ging, war auch bei der Deutschen Bühne Graudenz jede Aufführung ausverkauft. Versäumen Sie nicht, sich rechtzeitig Karten zu besorgen... denn Karten ist gesund. Die Aufführung beginnt pünktlich 15,30 Uhr. (2406 *)

Thorn (Toruń).

× **Apotheken-Nachdienst** von Donnerstag, 11. März, abends 7 Uhr, bis Donnerstag, 18. März, vormittags 9 Uhr einschließlich, sowie Tagesdienst am Sonntag, 14. März, hat in der Innenstadt die „Rats-Apothek“ (Lpiska Radziecka), Breitestraße (ul. Szeroka) 27, Fernsprecher 1250.

× **Über die sportliche Tätigkeit des Ruder-Vereins „Thorn“** in der vorjährigen Rudersaison gibt der von den Fahrern anlässlich der kürzlich stattgehabten Hauptversammlung erstattete Bericht ausführlich Auskunft. Wir entnehmen diesem Bericht folgende Daten: Das Rudersjahr 1936 begann am 8. März mit einer Zweierfahrt der Mannschaft Moede, Geske und M. Kistler und endete am 6. Dezember mit einer Fahrt des Sportskameraden Gilmes. Insgesamt wurden 600 Fahrten mit 5998 Kilometern zurückgelegt, so daß jede Fahrt durchschnittlich über 10 Kilometer führte. An Mannschaftskilometern dagegen wurden 15815 zurückgelegt, wovon auf die Männerabteilung 11515 und auf die Frauenabteilung 4300 Kilometer entfielen. Es entfielen auf die Boote „Bivat“ (Giegener) 120 Fahrten mit 1172 Kilometern, „May Mallon“ (Gigdoppelzweier) 94 Fahrten mit 778 Kilometern, „Dremens“ (Gigdoppelzweier) 37 Fahrten mit 623 Kilometern, „Dybow“ (Gigdoppelzweier) 63 Fahrten mit 577 Kilometern, „Copernicus“ (Gigdoppelvierer) 39 Fahrten mit 355 Kilometern, „Altoa“ (Renner) 41 Fahrten mit 313 Kilometern, „Graudenz“ (Gigvierer) 34 Fahrten mit 225 Kilometern, „Fritzhof“ (Gigriemen- bzw. Doppelzweier) 11 Fahrten mit 90 Kilometern, „H“ (Gigvierer) 9 Fahrten mit 76 Kilometern, „Danig“ (Renner) 11 Fahrten mit 74 Kilometern, „Kistler“ (Gigvierer) 6 Fahrten mit 66 Kilometern, „Thorn“ (Renner) 7 Fahrten mit 34 Kilometern, „Möwe“ (Renner) eine Fahrt mit 4 Kilometern und auf fremden Booten 3 Fahrten mit 472 Kilometern. Die fleißigsten Ruderer waren Gilmes mit 1146 Kilometern in 99 Fahrten, sowie Ernst Kling mit 1126 Kilometern in 135 Fahrten, in der Frauenabteilung Fr. S. Stoller mit 757 Kilometern in 13 Fahrten und Fr. Kurkowsky mit 539 Kilometern in 47 Fahrten. Gäste und passive Mitglieder legten insgesamt 1116 Kilometer zurück. Die Sportskameraden Gilmes und Kling wurden mit dem Kilometer- bzw. dem Fahrtenpreis der Männer, Fr. Kurkowsky mit dem Fahrtenpreis der Frauenabteilung ausgezeichnet. Besagte erhielt auch den von einem Mitglied gestifteten Preis für die meisten Kilometer auf polnischen Gewässern. — Erwähnenswert sind außerdem noch folgende Daten: Dauerrudern am Tage des deutschen Rudersports (5. 4.) in 12 Booten mit 29 Ruderern und 13 Ruderinnen; Rudern am 10. Mai in Gemeinschaft mit den polnischen Wassersportvereinen: Ruderregatta in Plock am 31. Mai (wobei die Doppelzweiermannschaft des RVT unter vier Booten den 2. Platz belegte); Internationale Ruderregatta in Braunau am 28. Juni (E. Kling startete im Jungmann- und Junior-Einer mit 6 bzw. 5 Konkurrenten und belegte den 2. bzw. 3. Platz, geschlagen nur durch ausländische Starter); Ruderregatta in Wloclawek am 5. Juli (E. Kling startete gleichfalls im Jungmann- und Junior-Einer und belegte beide Mal den 2. Platz); Pommerellische Propaganda-Regatta in Thorn am 23. August (die Gigvierer- und Doppelzweier-Mannschaften siegten mit je zwei Rängen vor 3 bzw. 2 Konkurrenten); Thorner Propaganda-Regatta am 20. September (Sieg derjenigen Gigvierermannschaft, während der Doppelzweier des RVT den 2. Platz erkämpfte). Das für alle Thorner Vereine vorgesehene gemeinsame Rudern mußte wegen zu hohen Seeganges abgesagt werden.

× **Selbstmordversuch.** Montag nachmittag mußte der 17jährige Alfons Winarski aus Schulin (Solec-Rujawski), der in selbstmörderischer Absicht Ammoniak zu sich genommen hatte, in das hiesige Stadtkrankenhaus eingeliefert werden. Im Augenblick der Einlieferung war der Zustand des Lebensmühen ziemlich bedenklich, doch konnte durch raschen Zugriff die drohende Gefahr beseitigt werden.

× **Als „Blonde Carmen“** entzückt Martha Eggerth im Kino Wit, Gerechstraße (ul. Prosta) 5, wieder einmal die zahlreichen Verehrer ihrer Kunst. Dieser Wa-Gilm hat Schöpfung und Leben, schöne einschmeichelnde Melodien und einen unüberwindlichen Humor, für den in erster Linie Leo Slezak und Jda Wulf sorgen. Von entzückender Bildwirkung sind ganz besonders die Tanzszenen aus dem Pariser „Moulin Rouge“ der 90er Jahre und die herrlichen Naturaufnahmen aus den Bayerischen Bergen. Das wirklich lebenswerte Lustspiel behandelt die Entstehung einer Operette „Die Blonde Carmen“ und die Befreiung des den Librettodichter darstellenden Wolfgang Diebenhauer von der schließlich unhaltbaren Ansicht, daß eine Schauspielerin gar keine richtige Frau sein kann. Aus dem Beiprogramm seien besonders die Darbietungen des auch hier rühmlichst bekannten Balletts Parnell genannt.

× **Diebstahlschronik.** In einem hiesigen Lokal hückte Bronislaw Remondowski 80 Zloty Bargeld, einen Füllfederhalter und ein Paket mit Lebensmitteln im Werte von 25 Zloty durch Diebstahl ein. — Den Diebstahl von zwei Fahrrädern angezeigt hat der in Swietoklawy hiesigen Kreises wohnhafte Wojciech Borowski. — Dem in Bismar bei Thorn wohnhaften Besitzer Feliks Potorski entwendeten unerkannt entkommene Diebe 43 Hühner und 4 Enten. In allen 3 Fällen sind polizeiliche Ermittlungen zur Ergreifung der Täter eingeleitet.

× **Im Hauptpostamt bestohlen** wurde am Montag Wanda Biedka. Ein leider unerkannt entkommener Täter „akte“ in ihre Manteltasche und ließ dabei das Portemonnaie mit einem Inhalt von 81 Zloty und 3 Postwertzeichen zu

25 Groschen verschwinden, worauf er sich in unbekannter Richtung entfernte.

× **Zwei Fahrraddiebstähle an einem Tage.** Durch Diebstahl in anderen Besitz übergegangen ist das Fahrrad eines gewissen Michal Wyrobisz, das dieser im Hausflur Brückenstraße (ul. Mostowa) ungesichert zurückgelassen hatte. — Vom gleichen Schicksal ereilt wurde Adolf Gumowski, der seine Tretenmaschine im Hausflur Mellienstraße (ul. Mickiewiczza) 88 für einen Augenblick „aufbewahrt“ hatte. In beiden Fällen sollen polizeiliche Ermittlungen zur Ergreifung der Täter führen.

× **Der Polizeibericht** vom Dienstag führt aus Stadt- und Landkreis Thorn auf: ein Duzend kleinere Diebstähle, von denen zehn noch der Aufklärung harren, zwei öffentliche Ruhestörungen und einen Fall von Trunkenheit. Außerdem wurden je eine Person wegen Veruntreuung auf eisenbahn-fiskalischem Gelände bzw. wegen Schwarzfahrt auf der Eisenbahn strafnotiert.

× **Aus dem Landkreis Thorn, 10. März.** Den fortgesetzten Bemühungen der Polizei ist es nunmehr gelungen, die Personen ausfindig zu machen, die, wie von uns gemeldet, kürzlich zwei aus Bromberg nach Thorn fahrende Personenzüge mit Steinen beworfen und dabei zwei Bromberger Reisende leicht verletzt haben. Die Täter sind zwei 11 und 13 Jahre alte Knaben: Alfons Berkman aus Klein-Resjan (Mala Niezawka) und Edward Lipinski aus Rakol.

Konik (Chojnice)

× **Auf einer Tagung der polnischen Landwirte** des Kreises wurde eine Resolution an die obersten Behörden abgefaßt, in welcher die Einführung der Prügelstrafe für Diebe gefordert wird. Die Anwesenden hielten diese Strafe für besonders geeignet, der immer mehr überhand nehmenden Diebesplage Einhalt zu gebieten.

× **Auf der Monatsversammlung des kath. Arbeitervereins** hielt Wiktor Kirkein einen beachtenswerten Vortrag über „Rechte und Pflichten des Arbeiters“. Es wurde bekanntgegeben, daß am Palmsonntag ein Kirchenfest und eine Josefseier stattfinden.

× **Auf der Monatsversammlung des Bienenzuchtvereins** hielt der Ehrenvorsitzende Rohde einen interessanten Vortrag über „Auswinterung der Bienen“. Es wurde mitgeteilt, daß der Zucker für Mitglieder 0,50 und für Nichtmitglieder 0,55 Zloty pro Kilo kostet.

× **Auf dem Dorsee eingebrochen und ertrunken** ist der 4 jährige Enkel des Besitzers Jenseke in Konarkin, der beschußweise bei seinen Großeltern weilte. Trotz sofortiger Bemühungen, das Kind zu retten, konnte nur nach kurzer Zeit die Leiche geborgen werden.

× **Als ein Transfipersonenauto** auf dem Wege nach Ostpreußen am dem Gehöft des Besitzers Kachinski in der Schloßhauerstraße vorüberfuhr, kam von dem Hof ein Fahrzeug. Um einen Zusammenstoß zu vermeiden, mußte das Auto bis über den Bürgersteig ausweichen. Hierbei fuhr es einen Baum um und wurde erheblich beschädigt.

× **Der Fleischerlehrling August Nielinger** aus Bismar ist seit dem 1. März spurlos verschwunden. Er verließ an dem Tage die elterliche Wohnung, um sich nach Konik zu seinem Meister zu begeben, ist dort aber nicht eingetroffen.

Thorn.

Hypothekendarlehn 1 Schuhmacherlehrlg. von 5-6000 Zt gesucht. Off. unt. 23706 an Ann. Exped. Wallis, Toruń erb. wird gesucht, 2377 Federhandlung Leimer, Szewiska 6.

Osterkarten 2013
Gesangbücher
Konfirmationskarten

in großer Auswahl
Justus Wallis, Toruń
Szeroka 34, Papierhandlung. Tel. 1469.

Kirchliche Nachrichten

Sonntag, den 14. März 1937 (Subita).

* bedeutet anschließende Abendmahlseier.

Altstadt. Vorm. 10½ Uhr Gottesdienst, danach Rinder Gottesdienst. Freitag abends um 6½ Uhr Passionsandacht im Konfirmationszimmer, Paderstraße 24.
St. Georgen-Kirche. Vorm. 9 Uhr Gottesdienst.
Evangel. luther. Kirche. (Bachstr., Strogomowa 8). Vorm. 10 Uhr Predigtgottesdienst, Sup. Brauner.
Wodan. Vorm. 10½ Uhr Rinder Gottesdienst, nachm. 3 Uhr Jungmädchensgunde.
Kudat. Vorm. 11 Uhr Gottesdienst. Mittwoch abends 6 Uhr Passionsandacht.
Groß-Bismarck. Um 10 Uhr vorm. Hauptgottesdienst vorm. 11½ Uhr Rinder Gottesdienst, vorm. 12½ Uhr gebührende Amtshandlungen, um 2 Uhr nachm. Versammlung der Frauenhilfe. Am Freitag abends um 6 Uhr Passionsgottesdienst.
Heinrich. Vorm. 10 Uhr Segensgottesdienst.

Graudenz.

Kirchl. Nachrichten.

Sonntag, d. 14. März 1937 (Subita).

* bedeutet anschließende Abendmahlseier.

Evangel. Gemeinde Graudenz. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst, Pfarrer Gürtler, vormittags um 11½ Uhr Rinder Gottesdienst. Montag abends 8 Uhr Jungmädchensverein. Dienstag abends 8 Uhr Besonnenchor. Mittwoch nachm. 5 Uhr 5. Passionsandacht. Am Donnerstag abends um 8 Uhr Jungmännchensverein. Am Freitag nachm. 4 Uhr Frauenhilfe.
Stadtwision Graudenz. Ogrodowa 9-11.
Graudenz. Vorm. 9 Uhr Morgengandacht, abends 6 Uhr Evangelisation, anschließend Jugendbund. Donnerstag abends 1½ Uhr Bibelstunde. Freitag nachm. 2 Uhr Evangelisation, anschließend Jugendbund. Samstag nachm. 2 Uhr Evangelisation, um 7 Uhr Jugendbund. **Rehden.** Vorm. 10 Uhr Gottesdienst, Unterredung mit der Konfirm. Jugend, vorm. 11½ Uhr Rinder Gottesdienst. Mittwoch um 5 Uhr nachm. Passionsandacht.
Fürstentum. Nachm. um 3 Uhr Gottesdienst, Unterredung mit der Konfirmierten Jugend.
Schweh. Vormittags 10 Uhr Gottesdienst. Am Mittwoch nachm. 5 Uhr Passionsandacht.

KINO ORZEL. Großer Cowboyfilm „Der Weiße Tarzan“ mit Ken Maynard. Vorstellungen-Anfang 6, 8 Uhr. Sonntags 2, 4, 6, 8 Uhr nachm.

v Galunee (Gelmza), 10. März. Im hiesigen Standesamt wurden in der Zeit vom 1. bis 28. Februar d. J. 18 eheliche Geburten (6 Knaben und 12 Mädchen), die unehelichen Geburten von je 1 Knaben und Mädchen, sowie 29 Todesfälle (18 männliche und 16 weibliche Personen, darunter 13 Erwachsene im Alter von über 60 Jahren und 11 Kinder im ersten Lebensjahre) registriert. Im gleichen Zeitraum erfolgte eine Eheschließung.

Br Södingen (Gdynia), 10. März. Im Groban im Restaurant „Lido“ hielt sich ein gewisser Wladyslaw Kaczanowski auf. Als der Arbeiter Jan K., der betrunken war, nach Hause gehen wollte, regte sich bei Kaczanowski das „Mitleid“ und er erbot sich, den Gehegten nach Hause führen zu wollen. Unterwegs jedoch leerte er seinem Schützling die Taschen, stahl ihm 64 Zloty und entfernte sich. Dieser Vorgang wurde jedoch beobachtet und der Polizei gemeldet, die sofort an die Verfolgung des Diebes ging und ihn in Adlershorst verhaften konnte. Auf der Polizeiwache stellte es sich heraus, daß der Verhaftete bereits zwölf Mal wegen Diebstahls vorbestraft war und jetzt, wegen verschiedener Vergehen vom Gericht stückweise verfolgt wird. Auch konnte nachgewiesen werden, daß der Spitzbube mit gefälschten Papieren von der Winterhilfe Wäsche, Kleider und Schuhe erschwindelt hatte und diese dann weiterverkauft.

Aus der Kriegsfliegerzeit des Präsidenten Greiser. Grüße an die einstigen Gegner.

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Im Weltkrieg hat sich der Präsident des Senats Greiser als wagemütiger Flieger erwiesen, der wiederholt im Deutschen Heeresbericht erwähnt wurde. Eine Zeitlang stand Greiser als Marinestrange an der Front und war auch im Luftkampf erfolgreich.

An diese Zeit knüpft eine ritterliche Handlung des Präsidenten an, die in folgendem Bericht erkennbar wird:

Am 9. März empfing der Präsident den in Danzig beglaubigten Vertreter der Französischen Republik, den Konsul Baron de la Tournelle, und übergab ihm Ausweispapiere französischer Marinestrange, die der einstige Flieger Greiser bei seinen gefallenen Gegnern gefunden hatte. Der Präsident hat den Französischen Konsul, diese Papiere, die er seit Kriegsende sorgfältig aufbewahrt hatte, den Angehörigen der gefallenen französischen Gegner zuzustellen und ihnen zugleich die Grüße des einstigen Gegners zu übermitteln.

Bei den Gefallenen handelt es sich durchweg um ganz junge französische Flieger, zwei Fähnriche und einen Flugführer. Es waren folgende Papiere:

Pilotenausweis der Wasserflugzeugstaffel der Marinefliegerei Dürenkirchen, lautend auf den Namen: Fähnrich zur See I. R. Battet, 1. 5. 1917.

Pilotenausweis der gleichen Station, lautend: quartier maître Unterfersternmann Boucard, 18. 2. 1917.

Truppenausweis des Fähnrichs zur See II. R. P. Ardoin von der Militärflogerschule in Buc, 1916 Nr. 472 mit Bild.

Urlaubschein der Militärflogerschule Ambray auf den Namen: quartier maître Flugführer Chauvignot, 14. 7. 1916.

Ferner ein Schreiben des französischen Marineministeriums, in dem dem Robert Marie Joseph Battet mitgeteilt wird, daß er durch ein Dekret des Präsidenten der Republik vom 7. 11. 1916 zum Fähnrich I. R. befördert worden ist.

Auf der Rückseite des Pilotenausweises dieses Robert Battet sind folgende Worte getrieben:

Maman, papa,	Mama, Papa,
Je sens que je m'en vais	J'ai hâte, je suis fort
blessure a la tête — j'ai prie	Kopfschmerz, ich habe gebetet
avant de mourir — surtout	vor dem Sterben —
n'ayez pas de peine.	leid nicht traurig.
Je vous embrasse et les sœurs	J'ai pensé aussi aux sœurs
Robert.	Robert.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein, anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsquittung beiliegen. Auf dem Kuvert ist der Vermerk „Briefkasten-Sache“ anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

2. A. 1. Ein Hypothekendarf gehört nicht zu den Zahlungsmitteln im Sinne des Dekrets über den Geldverkehr mit dem Ausland und den Verkehr mit Zahlungsmitteln. 2. Der Schuldchein in deutscher Sprache ist ebenso gültig, wie ein polnischer. Welche Parteien sind für die Stempelsteuer solidarisch haftbar. Mit durch Fahrlässigkeit die Stempelgebühr nicht entrichtet, so wird ein fünffacher Aufschlag auf der Stempelsteuer erhoben, für den die Parteien solidarisch haften. Auf Verurteilung kann Nachlass der Strafe erfolgen, wenn die Parteien nicht die Absicht hatten, die Stempelsteuer zu hinterziehen. Die Entwertung der Stempelmarken erfolgt u. a. durch die Unterschriften der Parteien, die den Abschluß des Vertrages feststellen. 2. 7/8 Prozent Zinsen können Sie nehmen, aber wenn der Schuldner das Entschuldigungsgebot in Anspruch nimmt, dann kann er Verabreichung der Zinsen bis auf 3 Prozent, Ratenzahlung und Moratorium beanspruchen. Auch in diesem Falle können Sie die Zinsen vom 1. Dezember 1924 ab beanspruchen. Auch in diesem Falle können Sie die Zinsen vom 1. Dezember 1924 ab beanspruchen. Wenn Sie einen Zahlungsbeleg erteilen, und der Schuldner wendet sich an Sie, so wird das Verfahren vor Gericht eingestellt. 3. Die ganze Pacht für die 5 Jahre bildet die Veranlagungsgrundlage für die Stempelsteuer. Die Gebühr beträgt 1 Prozent. Der Pachtvertrag kann auch schriftlich abgefaßt sein.

3. D. 37. 1. Zu den absoluten Ehescheidungsgründen, d. h. zu den Gründen, bei denen Vorliegen die Ehescheidung ausgesprochen werden muß, gehören die Vorgänge nicht; vielmehr ist es hier dem Ermessen des Richters überlassen, ob er diese Vorgänge als ausreichend ansieht, um die Ehescheidung auszusprechen. Die Ehescheidungsfrage muß bei Gericht eingereicht werden. 2. Wenn in der Ehe Mann und Frau zusammen gearbeitet und verdient haben, so gehört der Ertrag dieser gemeinsamen Arbeit auch bei Scheidung dem Mann und der Frau. Der Anteil der Frau an diesem Ertrag ist aber ihr Vorbehaltsgut. Auf das, was der Vater von seinem Anteil in die frugale Wirtschaft hineingelegt hat, gehört zu seinem Nachlass, auf den die Kinder Anspruch haben. Der Mann (Vater) kann auch vorher schon Rückzahlung dessen fordern, was er hineingelegt hat.

Hoffnung. In Ihrem ersten Schreiben erwähnten Sie eine Reihe verschiedener Waren; wir konnten Ihnen Auskunft nicht erteilen, weil wir Ihnen breite Auskünfte aus dem Zolltarif mit Briefkasten nicht geben können. Andererseits und Zunder kann nach Polen überhaupt nicht eingeführt werden, und Spielwaren unterliegen einem hohen Zoll. Alle anderen Waren, die Sie erwähnen, sind gleichfalls zollpflichtig, auch getragene Kleider, Schuhe usw. Getragene Sachen sind nur zollfrei, wenn der Adressat bedürftig ist und dies durch befriedigende Bescheinigung bewiesen kann.

Nationale Margisten.

Das Programm der 333-Gewerkschaften.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Das Lager der Nationalen Vereinigung oder — wie manche sagen — das erneuerte Sanierungslager wird auf viele ihm vorher anhängenden Elemente verzichtet müssen. Es ist übrigens einleuchtend und liegt in der Natur der Sache, daß das neue Lager, wenn es auf Grund der zum Teil einen konservativen Geist atmenden Roc-Deklaration nach rechts Raum zu gewinnen strebt, auf dem linken Flügel starke Einbuße erleiden muß. Vorangeführt, daß sich alles auf gutlichem Wege, auf dem Wege der Überredung, mit Hilfe der geistigen Propaganda entwickelt und nicht auf dem Wege der Anwendung von — Gewaltmitteln.

Auf der linken Seite des früheren Sanierungslagers sind nämlich Vorkommnisse zu verzeichnen, die für das Lager des Obersten Roc äußerst ungünstig sind. An verschiedenen Stellen sieht man abziehende Massen, und der Exodus aus dem Regierungslager vollzieht sich in einer Atmosphäre seelischer Auflehnung.

Der zweite Tag des Kongresses der 333-Gewerkschaften enthielt das wahre, gründlich sozial-radikale Antlitz dieser Organisation, die es ihrer politisch ungemein geschickten Führung verdankt, daß sie für das Regiment eine viel größere Gefahr darstellt, als die Sozialisten der II. Internationale, d. h. als die PPS (Polnische Sozialistische Partei) mit den ihr folgenden Gewerkschaften. Die 333-Gewerkschaften sind — was man betonen muß — absolut „jude nerein“, und sie sind auch frei von jedem Verdacht hinsichtlich ihrer Verwurzelung im national-polnischen Boden. Um so ungehemmter konnte sich ihr Radikalismus in den Beratungen des Kongresses entfalten und äußern. Der Kongreß hat am zweiten Beratungstage eine ideelle Deklaration einstimmig beschlossen, deren Grundzüge eine tiefe Luft nicht nur von der Roc-Deklaration, sondern sogar von den Programmen aller nicht-sozialistischen Oppositionsparteien trennt.

In dieser Deklaration heißt es bezüglich der ideologischen Grundvoraussetzungen der Organisation: „Der Zweck des Verbandes der Berufsverbände ist innerhalb der Polnischen Republik die Schaffung einer sozialen Ordnung (Verfassung), in welcher die heutige Klasse der Lohnarbeiter den obersten Platz einnehmen wird, der ihr als der Verarbeiterin und Schöpferin aller zum Leben der zivilisierten Gemeinschaft notwendigen Gegenstände gebührt.“

„Diese Ordnung wird eingeführt von der ihres Ziels und ihrer Kraft bewußten organisierten arbeitenden Klasse der Städte und Dörfer, die auf breiter demokratischer Front wirkt und Bundesgenossen in den von der jetzigen Ordnung benachteiligten, sozialen Schichten findet.“

„Der erste, aber unentbehrliche Schritt zur Verwirklichung eines Volks-Polens ist der Zusammenschluß der gesamten arbeitenden Klasse in Berufsverbänden, die sich auf die Grundzüge des Klassenkampfes und des Patriotismus, sowie der Unabhängigkeit und Unparteilichkeit(?) stützen.“

Und damit keine Spur von einem Zweifel bezüglich des Wesens dieses „nationalen Margismus“ verbleibe, wird weiter gesagt: „In der gegenwärtigen sozialwirtschaftlichen und politischen Struktur ist der Klassenkampf der Motor schöpferischen Wirkens und der Sauerzweig künftiger sozialer Formen.“

Nach dieser grundsätzlichen ideellen Deklaration werden die politischen Thesen namhaft gemacht, welche die 333-Gewerkschaften aufstellen und deren Verwirklichung sie

erkämpfen wollen. Eine der Hauptthesen lautet dahin, daß „Polen nur eine Volksdemokratie“ sein könne, „ein Staat der arbeitenden Massen, ausgestattet mit einer starken und energiegelassenen Regierungsgewalt.“

„Die Regierungsgewalt — lesen wir weiter in der Entschließung des Kongresses — darf keinen diktatorischen Charakter annehmen.“

Weiter spricht sich der Kongreß dagegen aus, daß „die Arbeiterorganisationen aus ihrer Teilnahme an den Parlamentsarbeiten die Aufgabe ihrer politischen Aktionen machen. Andererseits müssen „die Volksmassen an der Politik und Wirtschaft des Staates, an der Organisation der Staatsstruktur und der Bildung der Rechtsnormen teilhaben. Das ist aber im jetzigen politischen System“ unmöglich, „welches die Volksmassen von der Staatsleitung und der Tragung der Verantwortlichkeit für sie ausschließt.“

Das Parlament sei zu reformieren, entsprechend den Anforderungen der neuen sozial-wirtschaftlichen Struktur, und zwar in dem Sinn, daß „die Rechte des Parlaments eine Beschränkung in Sachen der Armee und der Staatsverteidigung erleiden zugunsten des Präsidenten, der in allgemeiner, direkter, gleicher, geheimer Abstimmung von der gesamten Bevölkerung der Republik zu wählen ist.“

Dem nationalen Prinzip räumte die Deklaration das vom Zeitgeist Geforderte wie folgt ein:

„Die Grundlage des Staates ist die Polnische Nation. Das moralische Übergewicht der polnischen, sowohl geistigen als materiellen Kultur hat das Ziel der Bemühungen der Polnischen Nation zu bilden unter gleichzeitiger Garantierung der Freiheit der kulturellen Entwicklung der nationalen Minderheiten.“

In den 333-Gewerkschaften sind, wie wir erfahren, 40 000 Arbeiter organisiert, die im radikal-margistischen, aber zugleich auch im nationalen Geist erzogen und geführt werden.

Wird sich das Bild der Regierung ändern?

In den Kreisen der berufsmäßigen politischen Wahrsager versichert man sich gegenwärtig, daß unmittelbar nach Schluß der parlamentarischen Session eine teilweise Rekonstruktion der Regierung Platz greifen werde. In dem Kabinett, an dessen Spitze General Sławkowski verbleiben wird — heißt es in den Aussprüchen der Wissenden — soll vor allem eine Änderung in der Leitung des Innenministeriums erfolgen, für welche der jetzige Stadtpräsident der Hauptstadt Warschau, Starzyński, vorgemerkt sei. Es sei nur noch nicht ausgemacht, ob Präsident Starzyński die Leitung dieses Ministeriums als Minister oder als Unterstaatssekretär übernehmen werde. Die zweite wichtige Personaländerung betrifft das Ministerium der sozialen Fürsorge. Der Leiter dieses Ressorts, Minister Kosciolkowski, soll sich angeblich mit Rücktrittsgedanken tragen. Als sein Nachfolger auf diesem Posten wird der jetzige Vizeminister Pociorkowski vermutet. Vom Industrie- und Handelsminister Roman wird gesagt, daß er im Charakter eines Unterstaatssekretärs ins Außenministerium übergehen werde. Kein Gerücht meldet jedoch, welcher Kandidat für die in diesem Fall frei gewordene Leitung des Industrie- und Handelsministeriums in Betracht kommen würde.

Im einzelnen sind die oben erwähnten Gerüchte natürlich mit einer gehörigen Portion Skepsis zu behandeln. Im ganzen genommen aber, ist nicht zu bezweifeln, daß im Kabinett Sławkowski Änderungen eintreten werden, die durch die inneren Verschiebungen im Regierungslager, u. a. auch zufolge der Bildung des Lagers der Nationalen Vereinigung, sichtlich bedingt sind.

Bartholomäusnacht in Addis Abeba.

Wie das Reuter-Bureau meldet, hat in der Montagsitzung des Unterhauses Unterstaatssekretär Lord Cranborne verschiedene Fragen der Abgeordneten über die Ereignisse in Addis Abeba beantwortet, die sich dort im Zusammenhang mit dem Attentat auf Marschall Graziani abgespielt haben. Aus den Informationen, die das Britische Außenministerium erhalten hat, geht, wie Lord Cranborne feststellt, hervor, daß es in der Folge des Attentats auf Marschall Graziani in Addis Abeba zu ernstlichen Unruhen gekommen war, in deren Verlauf die italienischen Truppen strenge Repressalien anwandten. Das Ergebnis dieser Repressalien waren viele Tote und bedeutender Materialschaden. Was die britischen Staatsangehörigen und die Personen anbelangt, die sich unter dem Schutz Großbritanniens befanden, so wurden diese Personen, die während der Unruhen verhaftet worden waren, dank der Bemühungen des britischen Konsuls wieder auf freien Fuß gesetzt.

Auf die Frage, ob es der Regierung bekannt sei, daß die durch die italienischen Behörden angewandten Repressalien brutal und rücksichtslos waren, erklärte Cranborne, daß durch die Informationen, die sich in seinem Besitz befinden, diese Meldungen zum Teil bestätigt würden. (Die Italiener sollen, wie die französische Presse behauptet, bei dieser Gelegenheit einige Tausend Abessinier niedergemetzelt haben.)

Kleine Rundschau.

Die Operette „Geisha“ in der Türkei verboten.

Die Regierung hat die Operette „Geisha“ verboten. Laut Mitteilung der türkischen Telegraphenagentur geht die Regierung von der Erwägung aus, daß dieses Stück, das aus dem Geiste fruchtbarer europäischer Vorliebe für das Exotische geboren sei, die asiatischen Länder unter dem Gesichtswinkel eines Schaubudenbetriebes darstelle. — Man scheint in der Türkei eine gesunde Kunstauffassung zu haben.

Gefahr des Volkstodes in England.

Die von Deutschland und Italien ergriffenen bevölkerungspolitischen Maßnahmen finden in der englischen Presse starke Beachtung, da England sich zurzeit vor die Lösung ähnlicher Fragen gestellt sieht. „Daily Mail“ weist in einem Leitartikel auf die Abnahme der Geburtenziffern in den meisten europäischen Staaten hin. Wenn dieser Abnahme nicht Einhalt geboten werde, dann sei die gesamte westliche Zivilisation vom Zusammenbruch bedroht. Das Bevölkerungsproblem sei für das Britische Reich von gewaltiger Bedeutung. Wenn keine Maßnahmen ergriffen würden, dann werde die englische Bevölkerung in hundert Jahren auf die Hälfte des jetzigen Standes gesunken sein. Das Ergebnis werde ein gewaltiger Mangel an wehrfähigen Männern und überhaupt an Menschen auf jedem Gebiet des nationalen Lebens sein.

Gangster erbeuten 100 000 Mark.

Auf eines der elegantesten Luxusrestaurants von Miami Beach (Florida) berühten drei bewaffnete Banditen einen Überfall. Mit einer Beute im Werte von 100 000 Mark, die sie Kellnern und Gästen abnahmen, konnten die Verbrecher in einem Rennwagen entkommen. Der Überfall erfolgte, als etwa 50 Gäste auf der sonnigen Terrasse des Park Avenue Restaurants ihr Mittagessen einnahmen. Plötzlich erhoben sich drei elegant gekleidete Herrn, die an einem Tisch gegessen hatten. Als der Kellner sich näherte, um zu kassieren, zog jeder von ihnen blitzschnell zwei Revolver aus den Taschen, die auf die entsetzten Gäste und die Kellner gerichtet wurden.

Einer der Banditen ging höflich von Tisch zu Tisch, um zu „kassieren“, während die anderen ihn deckten. Die Kasse, die nur 90 Dollar enthielt, ließen sie dem Wirt. Die größte Beute machten die Verbrecher an einigen Tischen, wo um hohe Einkäufe Glücksspiele gespielt wurden. Die drei Banditen sprangen dann in ein vor dem Restaurant parkendes Rennauto und rasteten in Richtung Miami davon. Die Glücksspieler, denen etwa 70 000 Mark abgenommen worden waren, verließen noch vor dem Eintreffen der Polizei ebenfalls fluchtartig das Park Avenue Restaurant, um sich nicht polizeilichen Schwierigkeiten auszusetzen.

Von einem Elefanten getötet.

Der 30jährige Jnder Suklal, der seit einigen Jahren bei der Betreuung der Elefanten im Zoologischen Garten in Hannover half, wurde beim Reinigen des Geheges von einem Elefantenbullen angefallen, mit dem Rüssel umklammert und gegen einen eisernen Träger gedrückt. Als kurze Zeit später Hilfe eintraf, war der Wärtter von dem Tier bereits so zugerichtet worden, daß er bald darauf starb.

Suklal, der seine Arbeiten zuverlässig und geschickt ausgeführt hatte, war schon mehrfach darauf aufmerksam gemacht worden, den in der Brumstzeit befindlichen Bullen sorgfältig zu beobachten. Anscheinend hat er die Warnungen nicht genügend ernst genommen und sich auf seine große Vertrautheit mit dem Tier gestützt; dieser tragische Irrtum hat nun seinen Tod verursacht.

Zweimal Niesen — 2 Pfund Strafe!

Vor einem Londoner Polizeigericht wurde in diesen Tagen wieder einmal ein originelles Urteil gefällt. Ein Lastwagenführer hatte die Gewalt über sein Fahrzeug verloren und dadurch einen Verkehrsunfall herbeigeführt. Vor Gericht erklärte der Angeklagte, daß er die Herrschaft über den Wagen in dem Augenblick erst verlor, als er zweimal niesen mußte. Tatsächlich fanden sich auch Zeugen, die bezeugten, daß der Chauffeur kurz vor dem Unfall zweimal nacheinander laut und vernehmlich gienst habe. Wenn der Angeklagte nun glaubte, dadurch straflos auszugehen, so hatte er sich geirrt. Der Richter erkannte auf eine Geldbuße von zwei Pfund, für jedes Niesen also ein Pfund.

Rohstofffrage vor dem Völkerbund.

Die Beratungen des Studienausschusses für die Rohstofffrage wurden in Genf am Montag durch eine Ansprache des Generalsekretärs des Völkerbundes eingeleitet.

Avenol sprach zunächst von der Zusammenfassung des Ausschusses, wobei er erwähnte, daß die Deutsche Regierung auf Befragen mitgeteilt habe, sie beabsichtige nicht, an den Arbeiten teilzunehmen. Andererseits habe der Ratspräsident in Benehmen mit dem Berichterstatter einen kanadischen Sachverständigen ernannt. Ein italienischer Sachverständiger sei bisher nicht ernannt worden. Die einzelnen Mitglieder des Ausschusses seien nicht Vertreter ihrer Regierungen und könnten unter rein persönlicher Verantwortung ihre Gedanken und Anregungen frei ausdrücken. Ihre Berichte würden keine diplomatischen Urkunden sein. Die Ausschüßarbeiten sollen den ersten Schritt einer Rückkehr zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit versuchen.

Der Ausschuß beschloß, nicht öffentlich zu tagen; jedoch sollen die ständigen Vertreter der Mächte in Genf auf ihren Wunsch an den Sitzungen teilnehmen können. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde Léo-Gérard, der frühere belgische Finanzminister gewählt.

Ägypten beantragt Aufnahme in den Völkerbund

Der ägyptische Außenminister hat in einem Telegramm an den Generalsekretär des Völkerbundes die Aufnahme Ägyptens in den Völkerbund beantragt. Der Minister führt als Begründung an, daß in den letzten Tagen mehrere Mächte Ägypten eingeladen haben, der Genfer Institution beizutreten. Ägypten habe außerdem stets Interesse für die Tätigkeit des Völkerbundes gezeigt.

Rohstoffausschuß in der Zwickmühle.

In Genf hat der Rohstoffausschuß des Völkerbundes seine Arbeit begonnen. Schon die ersten beiden Neben, die gehalten wurden, die des englischen Sachverständigen Sir Frederic Leith Ross und des japanischen Delegierten S. H. Abo, zeigten, welche Gegensätze zu überbrücken wären, wenn aus diesen Debatten etwas Positives herauskommen soll. Der Engländer bemühte sich vor allem, seine Zuhörer davon zu überzeugen, daß die Rohstofffrage durch keinerlei Gebietsübertragungen gelöst werden könne. Er meinte, die Rohstoffherzeugung der Welt reiche aus, um allen wirklichen Bedürfnissen zu entsprechen. Wenn irgend ein Verbraucher Bedarf an einem bestimmten Rohstoff habe, so sei die Britische Regierung auch bereit, in ihren kolonialen Gebieten seine Erzeugung zu fördern. Leith Ross beschäftigte sich dann weiter mit dem Vorschlag, die Politik der offenen Tür allgemein einzuführen. Ihm steht er mit starken Vorbehalten gegenüber; denn er glaubt, dies könne in gewissen Fällen der Entwicklung der Kolonien und dem Wohl der Eingeborenen schaden. Es bleibt das Geheimnis des englischen Sachverständigen, wie er ohne Gebietsübertragungen an die bisher koloniale Rohstoffgebiete entbehrenden Länder und ohne eine Politik der offenen Tür deren Versorgung wirtschaftlich sicherstellen will. Dann bleibt nämlich alles, wie es ist.

Der japanische Sachverständige ging dem Problem schärfer zu Leibe. Er verlangte, daß alle Beschränkungen der Ausfuhr von Rohstoffen aufgehoben werden müßten, und er nannte das Kind beim Namen, als er darauf hinwies, daß ein erleichterter Zugang zu den Rohstoffen ohne eine Erleichterung des Welthandels in Fertigfabrikaten undenkbar sei. Den speziellen japanischen Bedürfnissen wurde er dadurch gerecht, daß er die Ermöglichung der Abwanderung von Staatsangehörigen aller Länder und aller Rassen in die noch nicht erschlossenen Gebiete forderte.

Das englische Programm würde auf eine Methode hinauslaufen, bei der man den Pelz wäscht, ohne ihn naß zu machen. Würden aber die japanischen Forderungen erfüllt, dann würden die Engländer wahrscheinlich alle ihre Argumente gegen eine Gebietsübertragung verlieren. Sie sträuben sich dagegen jetzt auch nur deshalb, weil sie eben ihre Empirepolitik nach dem Muster von Ottoma unter allen Umständen aufrecht erhalten wollen. Aus dieser Zwickmühle wird auch der Genfer Rohstoffausschuß keinen Ausgang finden.

Polnische Rohstoff-Sorgen.

Im Rohstoffausschuß stellte der polnische Staatssekretär Adam Rose am 9. d. M. klar, daß das Rohstoffproblem nicht von der Gesamtheit der Weltwirtschaftsfragen getrennt werden könne. Wie die Polnische Regierung schon auf der letzten Völkerbundversammlung hervorgehoben habe, gehe die Rohstofffrage mit den Fragen des Kapitals und des Warenverkehrs zu den grundlegenden Faktoren der Weltwirtschaft. Es gebe Länder, die sich im Laufe der Jahrhunderte erhebliche Kapitalreserven schaffen konnten, weil sie wichtige Rohstoffquellen im Besitz hatten.

In dem gleichen Maße, in dem die Bedeutung des Besitzes der bestehenden Länder zunehme, vollziehe sich ein Entwicklungsprozeß innerhalb der rohstoffarmen Länder. Schon die Zunahme ihrer Bevölkerung zwinge sie, alle ihre wirtschaftlichen Möglichkeiten zu erschöpfen. Damit werde das Problem der Kapitalbildung und der Industrialisierung zum Schlüssel für die Lösung des Problems der Beschaffung von Existenzmöglichkeiten für die brachliegenden Arbeitskräfte. In dieser Lage befinde sich Polen. Mit seiner jährlichen Bevölkerungszunahme von 450 000 Seelen habe es an der Industrialisierung ein Lebensinteresse.

Die Beschaffung der für die Entwicklung seiner Industrie notwendigen Rohstoffe sei für Polen eine Lebensfrage. Wegen des in Polen herrschenden Mangels an Kapitalreserven handle es sich zugleich um ein Finanzproblem. Auch seien die Nachteile der Überbevölkerung gewisser Länder durch die Auswanderung gemildert worden. All das habe sich heute geändert, und Polen werde von dieser Entwicklung am meisten betroffen. Polen, das selbst 150 Jahre lang in seinem wirtschaftlichen Aufschwung gehemmt (das gilt nicht für die westlichen Wojewodschaften! D. R.) und während des Krieges verwüdet worden sei, habe das Recht und die Pflicht, seiner ständig zunehmenden Bevölkerung von gegenwärtig 34 Millionen normale wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten zu sichern. Wegen der Finanz- und Verkehrsschwierigkeiten, die sich aus dem gegenwärtigen Weltwirtschaftssystem ergeben, müsse das Problem des Zugangs zu den Rohstoffen jetzt auf neue gerechte Grundlagen gestellt werden. Die Stellung der Warschauer Länder dürfe nicht geschwächt werden, sondern man müsse ihnen helfen, sich wirtschaftlich auf die Höhe der bestehenden Länder zu erheben und die Wohlfahrt ihrer Bevölkerung zu sichern.

Diese Rohstoff-Schwierigkeiten, unter denen Polen besonders zu leiden habe, könnten auf dreierlei Weise bekämpft werden: 1. durch innerstaatliche Maßnahmen (Autarkie-Tendenzen); 2. durch zweiseitige Vereinbarungen (zum Zwecke der Exportausweitung); und 3. durch internationale Maßnahmen, deren Prüfung die einzige Aufgabe des Ausschusses bilde. Zweckmäßigerweise werde man das Problem hauptsächlich als Finanzproblem ansehen. Hierfür seien schon verschiedene Vorschläge gemacht worden, z. B. Finanzierung des Rohstoffkaufs, internationale Kreditorganisation und mehrseitige Verrechnungsabkommen. Andere Vorschläge bezögen sich auf die Kolonialgebiete, vor allem die allgemeine Einführung des Grundgesetzes der offenen Tür und die Erreichung des Zutritts zu den noch nicht erschlossenen Rohstoffen. Deshalb solle je ein Unterausschuß für Finanzfragen und für Kolonialfragen eingesetzt werden. Die von dem englischen Sachverständigen vorgeschlagene Einsetzung von Ausschüssen für jeden einzelnen Rohstoff wäre eine unnötige Erschwerung der Arbeit.

Spanien-Überwachungsplan angenommen.

Flottenüberwachung vom 13. März ab. — Die Sowjetunion ist hiervon ausgeschlossen.

Das Deutsche Nachrichten-Bureau meldet aus London: Die Vollziehung des Nichteinmischungsabkommens beriet am Montag den Überwachungsplan. Nach mehrstündigen Beratungen wurde der gesamte Plan mit wenigen Änderungen angenommen.

In der abschließenden Entschließung heißt es u. a., der Nichteinmischungsabkomme sei für die in ihm vertretenen Regierungen übereingekommen, daß das System der Beobachtung an der französisch-spanischen Grenze, der Grenze zwischen Spanien und Gibraltar und den Seegrenzen Spaniens und der spanischen Besitzungen in der Weise durchgeführt werden soll, wie das in dem beigefügten Anhang angegeben wird, falls dieser nicht abgeändert oder dessen Bestimmungen neu gefaßt werden.

Der Anhang enthält den Kontrollplan für Spanien und zwar in 7 Kapiteln, die wie folgt überschrieben sind:

1. Die Organisation des Systems der Beobachtung;
 2. die Errichtung eines Beobachtungssystems an den spanischen Landgrenzen;
 3. die Vorschriften für die Beobachtung von Schiffen die die Flagge der beteiligten Länder führen und sich nach spanischen Häfen oder den Häfen spanischer Besitzungen begeben;
 4. der Plan für die Flottenbeobachtung der Küsten Spaniens und seiner Besitzungen;
 5. der internationale Stab, der für den Beobachtungsplan erforderlich ist;
 6. die Kosten des Planes;
 7. der Zeitpunkt für das Inkrafttreten des Planes.
- Diese Kapitel bestimmen im einzelnen:

Internationaler Stab wird die Landgrenzen überwachen

I. Der gesamte Beobachtungsplan soll für die beteiligten Regierungen durch eine Behörde verwaltet werden, die die Bezeichnung „Internationales Amt für die Nichteinmischung in Spanien“ führen soll.

II. Die Bestimmungen über die Beobachtung der Landgrenzen sehen vor, daß angesichts des Sonderabkommens zwischen Großbritannien und Portugal auch auf der französischen Seite der französisch-spanischen Grenze und auf der britischen Seite der Grenze zwischen Gibraltar und Spanien ein internationaler Stab mit der Beobachtung der Durchführung des Nichteinmischungsabkommens beauftragt werden soll. Zu diesem Zweck wird die französisch-spanische Grenze in drei Zonen aufgeteilt, die von je einem Agenten verwaltet werden. Die Agenten unterstehen wieder einem Hauptagenten, der für die gesamte Grenze die Verantwortung trägt. Diese Beauftragten werden in enger Zusammenarbeit mit den französischen Behörden arbeiten. Die Überwachung der Grenze zwischen Gibraltar und Spanien wird ebenfalls von einem Agenten wahrgenommen.

Kontrollhäfen.

III. Die Vorschriften für Schiffe, die sich nach Spanien begeben, sehen vor, daß jedes Schiff der am Abkommen beteiligten Mächte vor dem Anlaufen spanischer Häfen einen Kontrollhafen anzulaufen hat, um dort einen oder zwei Überwachungsbeamte (Beobachter) des Internationalen Ausschusses an Bord zu nehmen, deren Arbeit darin besteht, die Ausladung des Schiffes im spanischen Hafen zu überwachen. Als Kontrollhäfen sind folgende festgelegt: Downs (oder Dover), Cherbourg, Lissabon, Gibraltar, Marseille, Palermo und Madeira.

Reite der Kriegsflotte rund um Spanien.

IV. Damit dieser Plan der Überwachung der Handelschiffahrt mit Sicherheit durchgeführt werden kann, wird bestimmt, daß eine Überwachung durch die Kriegsflotten rings um die spanische Küste eingerichtet wird. Diese Überwachung wird durch Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien durchgeführt. Die spanische Küste wird hierfür in Zonen eingeteilt, die unter die Mächte wie folgt aufgeteilt werden:

1. an der Nordküste Spaniens von der französischen Grenze bis Cap Busto: Großbritannien;
2. an der Nordwestküste Spaniens von Cap Busto bis zur portugiesischen Grenze: Frankreich;
3. an der Südküste von der portugiesischen Grenze bis Cap de Gata: Großbritannien;
4. an der Südküste Spaniens von Cap de Gata bis Cap Dropeja: Deutschland;
5. an der Ostküste Spaniens von Cap Dropeja bis zur französischen Grenze: Italien;
6. die spanische Marokko-Küste: Frankreich;
7. die Inseln Ibiza und Mallorca: Frankreich;
8. die Insel Menorca: Italien.

In Bezug auf die Kanarischen Inseln wurde beschlossen, daß hier eine genauere Regelung bis spätestens zum 31. März gefunden werden soll.

Die Überwachung innerhalb jeder Zone wird nur außerhalb der 10 Meilen-Zone längs der spanischen Küsten durchgeführt. Die Einzelheiten der Durchführung der Überwachung werden den Ermessen jeweils der Regierung überlassen, der die Zone zugeteilt ist. Die Kommandanten der die Kontrolle durchführenden Kriegsschiffe haben das Recht, die Schiffe der am Abkommen beteiligten Mächte anzuhalten und ihre Papiere zu prüfen. Ein Durchsuchungsrecht wird ihnen hingegen nicht gegeben.

V. Der Internationale Stab, der zur Durchführung des Überwachungsplanes vorgehen ist, soll so viel Beamte er-



Unurplötzlich stellt sich der Hexenschmerz ein!
Der erste Schritt zur Besserung:
Nimm einfach
ASPIRIN
Ist polnisches Erzeugnis

halten, wie erforderlich sind, um den Plan angemessen durchzuführen.

Vorläufig sind folgende Beobachter vorgesehen: für die französisch-spanische Grenze 180, für Gibraltar 5 und für den Seeüberwachungsplan 550 Beobachter. Diese Zahlen umfassen jedoch nicht den Stab der Hauptagenten.

Die Kosten.

VI. Die Kosten des Planes werden auf 184 000 Pfund für ein Jahr geschätzt. Sie sollen aus einem internationalen Fonds gedeckt werden, zu dem die verschiedenen Regierungen gemäß einem besonderen Übereinkommen ihre Beiträge leisten.

VII. Das Hauptamt wird vom Tage der Annahme dieses Planes, d. h. vom 8. März ab, seine Tätigkeit aufnehmen und die Pläne für die Durchführung des Abkommens mit größter Beschleunigung ausarbeiten. Es werden Vorsehungen getroffen, um sofort den Vorsitzenden des Hauptamtes und die Hauptagenten zu ernennen. Die Flottenmächte, die die Zonenüberwachung durchführen, teilen dem Ausschuß gleichzeitig mit, daß sie in der Lage sein würden, die übernommenen Verpflichtungen vom 13. März ab zu übernehmen.

Was zu tun bleibt.

In der Entschließung über die künftige Behandlung der Nichteinmischung heißt es u. a., daß nunmehr die Frage der Ausdehnung des Nichteinmischungsabkommens geprüft werden soll, um andere Formen indirekter Einmischung zu verbieten unter Einschluß der Gewährung finanzieller Hilfe und der Einreise von „Personen nichtspanischer Staatsangehörigkeit in dieses Land zu irgendwelchem Zweck der den gegenwärtigen Streit möglicherweise verlängern oder erbittern könnte“.

Der Ausschuß schlägt weiter vor, daß sobald wie möglich erwogen werden soll, ob und in welcher Weise es möglich ist, für die Zurückziehung aller nichtspanischen Staatsangehörigen aus Spanien Sorge zu tragen, die entweder direkt oder indirekt an dem gegenwärtigen Streit in diesem Lande beteiligt sind.

Die amtliche Mitteilung weist darauf hin, daß der Vorsitzende des Ausschusses besonders darauf verwiesen habe, daß der vorgeschlagene Kontrollplan einstimmig vom Unterausschuß des Vorsitzenden angenommen worden sei. Eine weitere Sitzung des Ausschusses werde im Laufe der Woche stattfinden, um die Hauptbeamten des Überwachungsplanes zu ernennen.

Neue Seeschlacht an der spanischen Nordküste.

Aus Spanien wird berichtet, daß in der Nacht zum Dienstag eine dreistündige Seeschlacht 20 Meilen von der spanischen Nordküste stattgefunden hat. Nähere Einzelheiten sind darüber jedoch noch nicht bekannt.

Die Bolschewisten in Madrid haben sich gezwungen gesehen, ihre Niederlagen an den Frontabschnitten im Nordosten der Hauptstadt einzugestehen. Der bolschewistische „Verteidigungsausschuß“ hat bekanntgegeben, daß die Milizen in der Provinz Guadalupe den Rückzug antreten mußten. Der Vormarsch der nationalen Truppen gehe weiter. Die Linien der Bolschewisten seien bis zu den Orten Cogollor und Yela zurückgenommen worden. Dieses Eingeständnis der Bolschewisten zeigt, daß die neue nationale Offensive, die am Montag begonnen worden ist, bereits im ersten Anlauf einen außerordentlich großen Geländegewinn gebracht hat. Bis Dienstag mittag hatten die Truppen Francos an diesem Abschnitt einen Geländegewinn von über 25 Kilometern Tiefe zu verzeichnen.

Die rätselhaften EDE-Rufe.

Das Geheimnis um das am Montag in der Biscaya angeblich von einem fremden Kriegsschiff angegriffene Schiff und seine rätselhaften EDE-Rufe ist aufgeklärt. Es hat sich herausgestellt, daß es sich um den 6600 Tonnen großen roten spanischen Munitionsdampfer „Mar Cantabrico“ handelt, der von dem nationalspanischen Kreuzer „Canarias“ angegriffen und versenkt wurde. Die „Mar Cantabrico“ konnte seinerzeit unter dramatischen Umständen wenige Minuten vor Inkrafttreten des neuen amerikanischen Neutralitätsgesetzes mit einer Ladung Kriegsmaterial die amerikanischen Hoheitsgewässer verlassen und das offene Meer gewinnen.

Der Vorfall hat in der englischen Öffentlichkeit die größte Sensation hervorgerufen. Die Mehrzahl der Zeitungen gibt der Befriedigung darüber Ausdruck, daß es den nationalen spanischen Kriegsschiffen gelungen ist, dieses bolschewistische Munitionsschiff zu versenken. Die Ladung bestand aus 47 neuen Flugzeugen, 42 Millionen Schuß Munition, ferner 1050 Maschinengewehren und 7000 Gewehren, die aus alten Beständen der amerikanischen Armee stammten. Ihr Wert beträgt nach Schätzungen der Presse rund 10 Millionen Reichsmark.

Die englische Presse berichtet weiter, daß die „Mar Cantabrico“, bevor sie New York verließ, eine große Menge Farbe mit an Bord nahm, die dazu verwendet werden sollte, dem Dampfer auf hoher See einen neuen Anstrich zu geben. Die „Mar Cantabrico“ sollte das Aussehen eines englischen Dampfers erhalten, und zu diesem Zweck wurde ihr eigener Name mit dem des britischen Dampfers „Abba Newcastle“ übermalt. Sie benutzte auch die Codewörter der „Abba Newcastle“ und hatte außer der spanischen Flagge die englische Flagge gehißt.

Interrups . . . 62.00—63.00 | Gabriflartog p.kg%, —,—